

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M., im Voraus zahlbar, halbjährlich 12,30 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren. Auslandabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksatz 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Welt und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“, „Tatort“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatte“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Kampfbroschüre 10 Pf., Kassenzeile 5.— Pf., „Kleine Angelegenheiten“ das freigelegte Wort 25 Pf., Guldig zwei freigelegte Worte, jedes weitere Wort 12 Pf., Robert St. Lauff, Siebengehänge das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pf., Familienanzeigen Seite 40 Pf., Anzeigenannahme um Hauptgeschäftsstunden 8.— wochentlich von 8½ bis 11 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Macdonald im Rundfunk.

Eine Rechtfertigungsrede.

London, 25. August.

Ministerpräsident Macdonald hielt am Dienstagabend im englischen Rundfunk eine Rede über die politische Lage. Er führte u. a. aus: Ich spreche heute abend unter ungewöhnlichen und meiner Ansicht nach besorgniserregenden Umständen. Ich habe mein Leben dem Aufbau einer politischen Partei hingewidmet. Ich war bei ihrer Geburt anwesend, ich war ihre Wartin während der Zeit, als sie heranwuchs und großjährig wurde.

Auch jetzt habe ich keine meiner Überzeugungen und meines Ideals geändert.

Wie ich sehe, behauptet man jetzt, ich hätte keine Vertrauensbeweise der Arbeiterbewegung für meine Handlungsweise. Das ist wahr. Ich nehme auch keine für mich in Anspruch, obwohl ich sicher bin, daß ich sie im Interesse der weitesten Kreise besitzen sollte. Wie dem aber auch sei, ich habe Vertrauensbeweise von größerer Bedeutung. Mein Vertrauensbeweis ist das nationale Pflichtbewußtsein, wie ich es auffasse und dem ich ohne Rücksicht auf irgendwelche Folgen gehorche.

Auf die jetzige englische Krise übergehend, sagte Macdonald, daß das Ausland seine Kredite in England in beträchtlichem Ausmaße zurückgezogen habe. Das Ausland sei gewohnt gewesen, in London große Summen kurzfristig anzulegen, weil es vollkommen vertraut habe, das Geld jederzeit zurückzuerhalten. Vor kurzem sei das Vertrauen dieser Geldgeber beeinträchtigt worden, und sie hätten ihr Geld zurückgezogen, und zwar gebe es verschiedene Gründe für die Befürchtungen hinsichtlich der Festigkeit der Lage Englands. Zunächst einmal habe der

Niedergang der Weltwirtschaft alle Länder einschließlich Englands hart betroffen.

Dann sei die deutsche Krise gekommen. Bekanntlich habe England viel Geld in Deutschland gehabt, das vorübergehend „eingefroren“ gewesen sei. Aber vor allen Dingen sei die öffentliche Meinung im Auslande wegen der Lage des englischen Staatshaushaltes besorgt gewesen. Sie habe einen großen Fehlbetrag kommen sehen und befürchtet, daß England über seine Verhältnisse lebe und auch weiterhin leben werde, und daß England nicht genügend ausführe, um seine notwendigerweise große Einfuhr an Lebensmitteln und Rohmaterialien bezahlen zu können. Sie sei daher in Ermangelung eines Gegenbeweises geneigt gewesen zu glauben, das Englands Schwierigkeiten nicht nur vorübergehender Natur seien, mit einem Worte, die Ausländer, die Englands Finanzstärke nicht kennen, hätten Geistergeschichten geglaubt und wären nervös geworden. Der Verdacht, daß fremde Mächte absichtlich England Schaden zuzufügen beabsichtigten, treffe nicht zu. Tatsächlich sei nichts weiter von der Wahrheit entfernt als das. Die Ausländer wußten ganz genau, daß die Folgen finanzieller Schwierigkeiten in England nicht nur für England selbst, sondern für die ganze Welt gefährlich sein würden. Sie hätten England daher wesentlich unterstützt und seien bereit, auch weiterzuhelfen; sie müßten jedoch eine Rückversicherung über die Lage in England selbst haben. Es sei notwendig, so fuhr Macdonald fort, daß das Vertrauen der Welt in den englischen Kredit wiederhergestellt werde.

Falls das Pfund plötzlich und katastrophal fallen würde, und zwar nicht infolge eines bestimmten Planes, wie er von gewissen Kreisen befürwortet würde, sondern planlos auf Grund unkontrollierbarer wirtschaftlicher Umstände — dann würden die Preise schneller steigen als Löhne und Einkommen ihnen angepasst werden könnten, selbst wenn eine solche Anpassung möglich sei.

... Hierdurch würden nicht die Leute mit den größten, sondern die Leute mit dem kleinsten Geldbeutel am meisten betroffen werden. Eine Fortdauer der gegenwärtigen Geknechtetheit würde schnell eine Krise herbeiführen. Im arbeiterteilichen Kabinett habe Ueber einstimmung darüber geherstet, daß ziemlich drastische Einsparungen gemacht werden müßten. Offenbar habe der Vorschlag auf Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen seine bisherigen Mitarbeiter am meisten bedrückt. Der jetzige Vorschlag als ein Teil der dringend erforderlichen Sparmaßnahmen gehe dahin, daß die Unterstützungen um 10 Proz. gekürzt werden sollen, daß aber die Kinderzulagen in ihrer bisherigen Form beibehalten werden sollen.

Während der letzten zwei Jahre sei der Lebenshaltungsstandard um 11 1/2 Proz. gesunken, so daß, falls die Arbeitslosenunterstützung hieron abhängig gemacht worden wäre, sie jetzt auch automatisch um 11 1/2 Proz. herabgesetzt worden sein würde. Die jetzigen Kürzungsvorschläge ließen daher die Unterstützungsempfänger noch in einer günstigeren Lage als im Jahre 1929.

Die neue Regierung sei gebildet worden, um einen Plan zum Ausgleich des Haushaltes zu entwerfen. Es sei keine Koalitionsregierung; denn an einer solchen würde er nicht teilnehmen.

Zum Schluß richtete Macdonald einen Appell an das ganze englische Volk: Reich oder arm, beschäftigt oder unbeschäftigt, den Dingen ins Auge zu sehen, wie es das früher schon getan habe, entschlossen, der Schwierigkeiten, die das Land bedrohten, Herr zu werden.

Macdonalds Ministerliste.

London, 25. August. (Eigenbericht.)

Macdonald hat am Dienstagabend dem König die Ministerliste der neuen Regierung vorgelegt. Das Kabinett besteht aus zehn Mitgliedern, und zwar:

- Ministerpräsident Macdonald,
- Vizepräsident des Rates (Minister ohne Portefeuille) Baldwin,
- Schatzkanzler Snowden,
- Vizekanzler Lord Sankey,
- Sicherheitsminister Sir Herbert Samuel,
- Außenminister Lord Reading,
- Indienminister Sir Samuel Hoare,
- Dominien und Kolonien J. S. Thomas,
- Innenminister Neville Chamberlain,
- Handelsamt Sir Philip Cunliffe-Lister.

Die übrigen Ressorts sind außerhalb des Kabinetts neu besetzt worden. Sir Austin Chamberlain hat die Verwaltung des Marineministeriums, Lord Amulree die des Luftministeriums übernommen. Die Besetzung des Kriegs- und des Landwirtschaftsministeriums wird später bekanntgegeben werden.

Die Herabsetzung der Zahl der Kabinettsmitglieder von 21 auf 10 erfolgte zur Erhöhung der Arbeits- und Beschlußfähigkeit des Kabinetts. Politische Fragen allgemeiner Natur will das Kabinett möglichst aus seinem Arbeitsbereich ausschalten. Seine Aufgabe sieht es ausschließlich in der schnellen Balancierung des Etats. Ist dieses Ziel erreicht, dann tritt die Regierung zurück.

Die Labour-Party wird am Mittwoch ihre Stellung zu dem neuen Kabinett festlegen. Das soll in getrennten und gemeinsamen Beratungen der Parteileitung und der Parlamentsfraktion geschehen. Der Kampf geht um die Erhaltung der Parteeinheit. Macdonald wird den Vorstoß niederlegen. An seine Stelle wird Henderson treten. Die Unabhängige Arbeiterpartei hat bereits am Dienstag eine scharfe Entschliehung gegen die Politik Macdonalds angenommen.

Der Arbeiterpartei gehören folgende neue Kabinettsmitglieder an: Macdonald, Snowden, Lord Sankey und J. S. Thomas. Baldwin, Hoare, Neville Chamberlain und Cunliffe-Lister vertreten die Konservativen, Lord Reading und Samuel die Liberalen. Außerdem sollen noch folgende Männer der erweiterten Regierung angehören:

- Luftfahrtminister: Lord Amulree (Arbeiterpartei); Erster Lord der Admiralität: Sir Austin Chamberlain (Konservativ); Minister für Schottland: Sir Archibald Sinclair; Erziehungsminister: Sir Donald Maclean (Liberal); Arbeitsminister: Sir Henry Betterton; Minister für öffentliche Arbeiten: Marquis von Londonderry; Kanzler der Grafschaft: Marquis von Lothian.

Die neue Notverordnung.

Länder erhalten Verordnungs-Ermächtigung.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden, die, wie wir bereits mitteilten, in der Kabinettsitzung vom letzten Sonnabend beschlossen wurde, ist am Montag vom Reichspräsidenten unterzeichnet und am Dienstag erlassen worden. Die amtliche Mitteilung hierüber hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

1. Die Landesregierungen sind ermächtigt, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben. Sie können dabei von dem bestehenden Landesrecht abweichen.
2. Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalausgaben und andere Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) herabgesetzt werden. Verpflichtungen aus Verträgen bleiben unberührt, soweit es sich nicht um Personalausgaben handelt.

Matthias Erzberger.

Zehn Jahre nach seiner Ermordung.

Von Wilhelm Keil.

Wie ein gehegtes Bild wurde er am 26. August 1921 im Walde oberhalb des badischen Schwarzwaldbädchens Griesbach von den Mitgliedern der Organisation Consul, Tillesen und Schulz, den gelehrigen Schülern des Kapitan Ehrhardt, niedergemetzt. Mit dem Unterschied nur, daß von den Mordgehilfen, als er schon zur Strecke gebracht war, weiter auf ihn gefeuert, sein Kopf fast zur Unkenntlichkeit verstümmelt und auch sein Freund und Begleiter Diez übel zugerichtet wurde. Ahnungslos, auf einem gemeinsamen Spaziergang begriffen, wurden die beiden von den Banditen überfallen.

Ein Schrei des Entsetzens und der Empörung brach in den weitesten Kreisen der Anhänger des neuen Staates aus. Erzberger war der erste Repräsentant der jungen deutschen Republik, der sein Bekenntnis zur Staatserneuerung mit dem Tode bezahlen mußte. Knapp ein Jahr später folgte ihm Rathenau, später Ebert, Stresemann, Hermann Müller, die zwar nicht von einer Kugel, wohl aber vom schleichenden Gift der Niedertracht getroffen wurden.

Die flammenden Worte der Anklagen, die der Parteifreund des Ermordeten, der damalige Reichskanzler Dr. Wirth, am Grabe Erzbergers in Biberach gegen die Schuldigen und Mitschuldigen richtete, haben in seinen eigenen Kreisen und bei den bürgerlichen Anhängern des neuen Staates allgemein den den Widerhall nicht gefunden, auf den sie berechnet waren. Sonst würden sich in der Folgezeit die Anschläge gegen die Republik nicht gehäuft haben und zehn Jahre nach jener Bluttat würde nicht ein großer Haufen politischer Verworrer die Hand ausstrecken können, um die Staatsmacht an sich zu reißen und eine brutale Gewalt Herrschaft zu errichten.

Das Ausbleiben des Widerhalls bei den bürgerlichen Parteien, die damals zu den Trägern der Republik zählten, hatte seinen Grund in erster Linie in der flauen Stellung dieser Schichten zum neuen Staat. Es war aber auch bedingt durch die eigenartige Persönlichkeit, die zum Opfer der jungen deutschen Republik geworden war.

Erzberger hatte in den Kreisen der deutschen Republikaner und nicht zuletzt im Kreise seiner eigenen, der Zentrumspartei, nicht nur persönliche Freunde. Unbestreitbar war der Eifer, die schöpferische Kraft, die mutige Streikbarkeit, womit er sich jedem stellte, der ihm in den Weg trat. Unleugbar auch, daß die Republik ihm wichtige konstruktive Elemente ihres Gefüges verdankt. Es ist höchst zweifelhaft, ob Deutschland heute die einheitliche Steuerverwaltung, die Vereinheitlichung der grundlegenden Steuergesetzgebung, diese Klammern der damals nicht ganz ungefährdeten Reichseinheit beäße, wenn Erzberger nicht vom Juni 1919 bis April 1920 Reichsfinanzminister gewesen wäre. Von der radikalen Verschleppung, die er auf Betreiben der Sozialdemokratie herbeiführte, die aber Helfferich ein Jahr später wieder zerstörte, ganz zu schweigen. Seine eigene Partei würde diesen grundlegenden Reformen sehr viel kritischer gegenübergestanden haben und in Bayern würde die Loslösung vom Reich ernstlich erwogen worden sein, wenn es nicht ein Zentrumsmann gewesen wäre, der die Führung dabei hatte. Unleugbar ferner der gut entwickelte Sinn Erzbergers für die Unterscheidung des Möglichen vom Unmöglichen. In den Kriegsjahren zunächst, solange auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen Fortschritte gemacht und Vorteile errungen wurden, ein Anhänger phantastischer Eroberungspläne, sofort aber, als die Gefahr für die deutschen Waffen herauszog, ein entschiedener Verteidiger der Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917, die dann von Ludendorff, Helfferich, von deren Strohputze Michaelis und der Vaterlandspartei des Herrn v. Tirpitz durchkreuzt wurde.

Unleugbar schließlich, daß Erzberger den Volksbeauftragten nach dem Bankrott der Monarchie aushen- und innenpolitisch gute Dienste geleistet hat. Er übernahm die dornenvolle Aufgabe, zum Marschall Foch in den Wald von Compiègne zu reisen und den Waffenstillstandsvertrag zu unterzeichnen, der die Entwaffnung Deutschlands bedeutete. Das war die Handlung, die ihm in seinen drei letzten Lebensjahren von den nationalistischen Piraten als großes Staatsverbrechen angelkreidet wurde. Dabei hatte er nur den unvermeidbaren Akt vollzogen, zu dem auch Hindenburg, selbst wenn alle Verbesserungsvorschläge abgelehnt würden, geraten hätte. Unter Ausschlagung der Stimmung Verblendeter, fiel es dem großen Hasser Helfferich nicht schwer, seinen entscheidenden Teil zur Erzeugung der Wadatomosphäre beizutragen, in der der Sechsunvierzigjährige sein Leben aushauchen mußte.

Doch noch ein zweites kam Helfferich in seinem Rachefeldzug gegen Erzberger zugute. Das waren die Schwächen, die dem Charakter des unerchröckenen Draufgängers anhafteten. War der geschäftige Erzberger schon in der Staatssekretärs- und Vizkanzlerzeit Helfferichs diesem oft

Appell an die eigene Kraft.

Brüning-Rede vor dem Zentrum.

Stuttgart, 25. August. (Eigenbericht.)

Am Dienstag hielt die Reichstagsfraktion des Zentrums hier eine Tagung ab, an der zahlreiche Vertreter der süd- und südwestdeutschen Parteiorganisationen des Zentrums teilnahmen. Ueber die vertraulich geführten Verhandlungen wurde abends eine parteiamtliche Mitteilung herausgegeben, nach der Reichskanzler Dr. Brüning sowie die Reichsminister Stegerwald und Birth Bericht über die gegenwärtige Lage erstatteten. Es ergab sich volle Einmütigkeit in der Auffassung der gegenwärtigen Lage, wie auch der besonderen Aufgaben, die in dem bevorstehenden Winter zu lösen sind. Von der Reichsregierung wird eine beschleunigte Aktion in der Frage der hohen Pensionen erwartet.

Im Anschluß an die Fraktionsitzung des Zentrums fand hier ein stark besuchter parlamentarischer Abend statt, auf dem Reichskanzler Dr. Brüning u. a. ausführte:

In der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich betonen, daß die heutige Aussprache in der Zentrumsfraktion nicht nur für uns in Deutschland, sondern auch

für die Klärung der internationalen Atmosphäre große Bedeutung

hatte. Wir haben alle die Ueberzeugung, daß die Welt nur gefunden könne, wenn zur Bekämpfung der größten Wirtschaftsnote, die die moderne Zeit aufweist, eine Reihe von Maßnahmen auf internationaler Basis ergriffen werden.

Es ist durchaus verständlich, daß man unsere gegenwärtige Lage als sehr schwer empfindet, weil die Not und die Lasten schon seit längerer Zeit immer größer werden. Durch Krieg, Inflation und Stabilisierung ist unser öffentliches Leben zu einem so komplizierten Mechanismus geworden, daß es sehr schwierig ist, die einzelnen Dinge zu verfolgen, und daraus hat der gedankenleere und phrasenreiche Radikalismus seine Chancen gezogen.

Die Wählerschaft war nicht immer in der Lage, den schnellen Gang der Gesetzgebung in den letzten Wochen in seiner vollen Bedeutung zu erfassen, trotzdem aber hat sie keinen Augenblick die Nerven und das Vertrauen in die Führung verloren.

In den entscheidenden Augenblicken der vergangenen Monate hat das Volk uns ein Vorbild gegeben, wie man die Notwendigkeiten des Staats erfüllt und zu Opfern bereit ist.

Das wird trotz aller Hege eines Tages die Geschichte als eine der großartigsten Leistungen anerkennen. Es ist deshalb heute meine Pflicht, Ihnen den aufrichtigsten Dank auszusprechen, daß Sie in den schweren Tagen und Wochen, wo ich manchmal gegen mein innerstes Gefühl zusammen mit meinem Freunde Stegerwald dem Volke die größten Opfer aufbürden mußte, zu mir gehalten haben. Die Regierung ist sich in allen ihren Maßnahmen darüber klar gewesen, daß ohne das Vertrauen und die Disziplin des deutschen Volkes ihren Anordnungen kein Erfolg beschieden gewesen wäre. Es war der größte Erfolg im Auslande, daß an den Tagen, wo die Banken und die Sparkassen geschlossen werden mußten, es in Deutschland zu keinen größeren Ausschreitungen und Tumulten gekommen ist, und die Ausländer feststellen mußten, daß das deutsche Volk noch nie so ruhig gewesen ist wie im Augenblick seiner höchsten Not.

Wenn die Botschaft des Präsidenten Hoover sich bisher noch nicht voll auswirken konnte, so hat sie doch den Grund gelegt für eine dauernde Besserung. Viele internationale Besprechungen müssen noch zum Zwecke der Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise stattfinden.

Wir kennen die Grenzen unserer Möglichkeiten und sind uns klar darüber, daß wir aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, uns endgültig zu helfen.

Trotzdem müssen wir aber versuchen, das deutsche Volk durch die schwere Not der nächsten Monate mit Hilfe seiner eigenen Kraft hindurchzubringen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß, wenn das deutsche Volk diese Probe durchhält, wie es auch die letzten schweren Monate überstanden hat, es gelingen wird, die deutsche Wirtschaft und deutschen Sozialeinrichtungen wieder gefunden zu lassen.

Im Anschluß an die Reichstagsrede hielt dann noch Prälat Kaas, der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, eine längere Rede, in der er die starken staatsmännischen Kräfte rühmte, die Reichskanzler Dr. Brüning für die Erfüllung seiner schweren Aufgaben einzusetzen in der Lage ist.

Einheitsfront der Geschlagenen.

Rechts- und Linksradikale fordern Landtagseinberufung.

Deutschnationale, Nazis und Kommunisten haben sich wieder einmal zusammengefunden. Sie fordern neuerdings gemeinsam die Einberufung des Landtags. Die einen um die angeblich bevorstehende Verschlagung Preußens zu verhindern, die anderen um von der Tribüne des Parlaments mit den Feinden des werktätigen Volks in Stadt und Land abzurechnen. Ob man darunter auch die kommunistischen Palizeinwände versteht?

Der Verfassungsrat des Landtags wird zu dem Antrag der faschistisch-kommunistischen Front wahrscheinlich Mitte der nächsten Woche Stellung nehmen. An sich muß der Präsident des Landtags das Parlament einberufen, wenn die Regierung oder mindestens 90 Abgeordnete eine derartige Forderung stellen. Diese ziffernmäßige Voraussetzung der Einberufung des Landtags wird von der faschistisch-kommunistischen Einheitsfront erfüllt. Andererseits aber sagt Artikel 17 der Verfassung, daß der Landtag den Schluß der Tagung und den Tag des Wiederauftritts bestimmt. Dieser Bestimmung hat der Landtag durch Vertagung bis zum 13. Oktober entsprochen, so daß das Antragsrecht des Fünftels der Abgeordneten u. c. im Augenblick keine Geltung hat und der Landtag nicht einberufen zu werden braucht, weil die faschistisch-kommunistische Front das Bedürfnis nach neuem Klamauf hat.

In der Reichsverfassung ist hinsichtlich des Reichstags eine

ähnliche Bestimmung enthalten wie in der preussischen Verfassung über den Preussischen Landtag. Als eine oppositionelle Minderheit im Reich vor Monaten die Einberufung des Reichstags forderte, hat die Mehrheit des Verfassungsrats des Reichstags die Bestimmung der Reichsverfassung dahin ausgelegt, daß sich der Reichstag vertagt hat und nur er selbst, also eine Mehrheit des Verfassungsrats, gegenwärtig seine Einberufung fordern kann. Was für das Reich gilt, sollte u. c. auf Grund der ähnlichen Bestimmung der preussischen Verfassung auch für den Landtag gelten.

Dingeldey hält Scherbenengericht.

Gegen den Volksentscheidgegner Mittelmann.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei, der am Montag in Berlin versammelt war und sich mit der politischen Lage nach dem Volksentscheid beschäftigte, beauftragte den volksparteilichen Führer Dingeldey, dem Reichskanzler in den nächsten Tagen bestimmte Wünsche vorzutragen.

Der Vorstand beschäftigte sich u. a. auch mit dem Verhalten gewisser Mitglieder, die öffentlich gegen den Volksentscheid Stellung genommen haben. Der „Fall Kahl“ soll beigelegt sein, der „Fall Mittelmann“ nicht. Wie es heißt, beabsichtigt man über Mittelmann ein Scherbenengericht zu veranstalten.

Franzen bleibt uns erhalten.

Er will nicht in der Dorfentung verschwinden.

Braunschweig, 25. August. (Eigenbericht.)

Hitlers gebürstete Säule in Braunschweig, Exminister Dr. Franzen, hat auf eine Anfrage der „Braunschweigischen Landeszeitung“ erklärt, daß er zwar in Kiel eine Rechtsanwaltspraxis gründen wolle, aber nicht daran denke, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Die darauf abzielenden Pressenmeldungen seien aus der Luft gegriffen. — Herr Franzen wird uns also als Politiker erhalten bleiben.

Thüringen und Länder-Verordnungen.

Vor Auflösung des Wirtschaftsministeriums.

Weimar, 25. August.

Der Vorsitzende des Thüringischen Staatsministeriums, Baum, berief das Kabinett zu einer Sitzung für den 3. September nach Weimar ein.

Es soll hauptsächlich Stellung zu der Frage genommen werden, welche Möglichkeiten sich für Thüringen aus dem Rechte ergeben, im Rahmen der Reichsgesetzgebung eigene Rechtsverordnungen zu erlassen. Die Pläne beziehen sich vor allem auf Maßnahmen zur Sanierung der Haushalte des Landes und der Gemeinden. Es heißt weiter, daß man mit Hilfe der Reichsregierung auch einschneidende Maßnahmen beim Wirtschaftsministerium dergestalt treffen will, daß dieses Ministerium nach und nach ganz aufgelöst und seine einzelnen Abteilungen den übrigen Ministerien zugeteilt werden sollen.

Angst vor der Volkswahl.

Christlichsoziale wollen Präsidentenwahl hinausschieben.

Wien, 25. August. (Eigenbericht.)

Die christlichsoziale Parlamentsfraktion teilt mit, daß sie dem Nationalrat beim Wiederauftreten die Verschiebung der an sich für den 18. Oktober in Aussicht genommenen Präsidentenwahlen vorschlagen werde. Der Vorschlag

kann nur mit verfassungändernder Mehrheit angenommen werden. Seine Annahme ist also ohne die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht möglich.

Die Absicht der Christlichsozialen zielt darauf ab, die Wahl des Präsidenten durch das Volk, die seinerzeit von ihnen stürmisch verlangt wurde, möglichst weit hinauszuschieben.

Jugend wider Völkerhaß.

Deutsch-französischer Studentenkongress in Marseille.

Der deutsch-französische Kongress republikanischer Studenten in Marseille faßte eine Entschloßung gegen den Krieg und seine Verherrlichung. Gesetze werden verlangt, die Propagandisten des Krieges unter Strafe stellen. Aber auch der Unterricht habe alles dem Gedanken des Friedens und der Völkerverständigung unterzuordnen, so solle der Unterricht in lebenden Sprachen in beiden Ländern und besonders der Deutschunterricht in Frankreich stärker betrieben werden, internationale Geschichtslehrbücher müßten herausgegeben werden, Abmachungen zwischen den Ländern wären zu treffen, damit den Studenten die Zeit angerechnet werde, die sie an einer Hochschule des anderen Landes verbringen. Ferner wird befohlen, die Schaffung einer Auskunftsstelle in jedem der beiden Länder, die die deutschen und französischen Studenten über all das auf dem lausenden hält, was in jedem der beiden Länder für die Förderung des Friedens geschieht. Außerdem wurde die Schaffung eines deutsch-französischen Ferienlagers für Studenten empfohlen. Bevor der Kongress geschlossen wurde, sandten die Teilnehmer an Laval, Briand, Reichskanzler Dr. Brüning und Dr. Curtius Telegramme, um ihnen Dank des Kongresses für ihre Tätigkeit im Sinne der Völkerverständigung zu sagen.

Auf dem Schlußbankett unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Marseille Dr. Ribot erinnerte Generalsekretär der Präsektur, Diffart, als Vertreter der Regierung, an die deutsche und die französische Jugend, die nebeneinander auf den Friedhöfen der Kriegsfrenten ruhen. Er wie auch Bürgermeister Dr. Ribot gaben der Hoffnung auf eine Zukunft Ausdruck, in der Einigkeit und Friede zwischen den Völkern herrschen möchte.

ein unwillkommener Ratgeber gewesen, so entfachte das Signum, das Erzberger in einer Sitzung der Weimarer Nationalversammlung Helfferich mit den Worten ausdrückte, daß er „der Leichtfertigkeit aller Finanzminister“ gemessen sei, den unauslöschlichen Haß dieses gefürchteten Gegners. Nun wurde von einem Troh von spurlundigen Helffern den vielerlei Beziehungen Erzbergers nachgeforscht, den politischen und privaten; eine Meute von Hunderten stürzte sich auf ihn; es wurden einige Flecken an seiner Weste entdeckt, die in der Kaiserzeit bei einem Minister nicht im geringsten als Makel galten. Der große Beleidigungsprozeß Erzberger gegen Helfferich war die Folge. Dem Gerichtsurteil, das formal zugunsten Erzbergers ausfiel, folgte die Meinesidshöhe gegen ihn. Auch diese fand ihr Ende schon im Stadium der Vorvernehmung.

Als darauf Erzberger sich anschickte, nach eineinhalbjähriger Zurückgezogenheit wieder auf dem parlamentarischen Kampfboden zu erscheinen, traf ihn, der schon ein Jahr zuvor einmal die Zielscheibe eines Verbrechers gewesen war, ohne Schaden davonzutragen, das tödliche Blei. Der starknervige Mitbegründer der Republik, der Feind Helfferichs, der dielem mit einem phänomenalen Intellekt ausgestatteten schwankenden Charakter an Fähigkeit und Veranlagung ebenbürtig war, war aus dem Wege geräumt. Helfferich ist drei Jahre später das Opfer einer Eisenbahnkatastrophe geworden.

Der junge Lehrgeselle von der Schwäbischen Alb, kaum einundzwanzigjährig, schon maßgebender Journalist des württembergischen Zentrums, der Jahrbücher über die Zentrumsarbeit im württembergischen Landtag, Bücher über die Säkularisation und dergleichen Themen schrieb, der mit siebenundzwanzig Jahren in den Reichstag einzog, hier fast plötzlich zu einem vielgenannten Parlamentarier emporschnellte, der die Politik seiner Partei bald, wenn auch nicht immer nach den Wünschen der alten Parteiführer, beeinflusste, ist eine geschichtliche Persönlichkeit geworden. Ein Märtyrer der deutschen Republik, dessen sich seine engeren Gesinnungsgenossen jetzt wieder erinnern, da er ihnen nicht mehr die Kreise zu stören vermag. Aus ganz anderem Holze geschnitten, als die Kaas, Brüning und Genossen.

Wäre Erzberger heute noch unter uns — vielleicht, wahrscheinlich sogar, würde in den letzten zehn Jahren manches anders gelaufen sein. Sicherlich würde er kein Verfechter des Kurzes geworden sein, der im Innern die geschworenen Staatsfeinde mit Samthandschuh behandelt und nach außen mit törichtem Gesten die Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens zum großen Schaden der deutschen Wirtschaft und des schaffenden Volkes erschwert. Die deutsche Arbeiterklasse wird Erzberger in der Erinnerung behalten als einen Mann, der ihr bei Errichtung der demokratischen Republik mutig zur Seite gestanden und seine Leistung mit seinem Blute besiegelt hat.

Am 3. September wieder Börse.

Beschluß des Börsenvorstandes.

Der Börsenvorstand hat in seiner Sitzung am Dienstag folgende Beschlüsse gefaßt: „Die Berliner Wertpapierbörse wird am 3. September 1931 für den Verkehr in Wertpapieren, in- und ausländischen Wechseln und ausländischen Zahlungsmitteln wieder eröffnet. Die Börsenzeit beginnt um 12 Uhr und endet um 14 Uhr. Die Börsenräume werden um 11½ Uhr geöffnet. Ein Terminhandel und ein Handel mit fortlaufenden Notierungen finden nicht statt. Die Feststellung des Kassa-Einheitskurses beginnt um 12¼ Uhr. Der Handel zu anderen als den festgestellten Kursen sowie das Ausrufen abweichender Kurse in den Börsenräumen sind bis auf weiteres verboten. In den Sonnabenden des Monats September 1931 bleibt die Börse geschlossen.“ — Durch eine Anweisung an die Notierungs-Kommission des Börsenvorstandes soll gegen die Feststellung unsachgemäßer Kurse Vorbeuge getroffen werden.

Bankdirektor versucht Selbstmord.

Nach dem Zusammenbruch der Darmstädter Volksbank.

Darmstadt, 25. August.

Direktor Weiler von der Darmstädter Volksbank hat Dienstagsvormittag einen Selbstmordversuch unternommen. Er wurde in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. Lebensgefahr soll nicht bestehen.

Nationalsozialist erschießt eine Frau.

Frevelhafter Leichtsinns bei einem Dreischießen.

Stuttgart, 25. August. (Eigenbericht.)

Im Verlaufe eines Sommerfestes der Stuttgarter Nationalsozialisten, das u. a. ein Dreischießen mit 6-Millimeter-Gewehren vorsah, wurde eine Frau tödlich verletzt.

Ein Nazimann hatte sein Gewehr gerade geladen, als der Schuß losging und eine neben ihm stehende Frau traf. Ganz offenbar ist der Unglücksfall dadurch entstanden, daß den polizeilichen Bestimmungen für Dreischießen in keiner Weise Rechnung getragen worden ist und die Erschossene dem frevelhaften Leichtsinns eines völlig Waffenunkundigen zum Opfer gefallen ist.

Die Polizei nahm den Tatbestand sofort auf, sperrte den Schießstand ab und machte dem Sommerfest ein frühzeitiges Ende.

Pleite des Bombenlegerorgans.

„Das Landvolk“ muß Konkurs anmelden.

Ithoe, 25. August. (Eigenbericht.)

Die Zeitung der Bombenleger „Das Landvolk“ steht unmittelbar vor dem Ende ihres Erscheinens. Die Gesellschaft der Unternehmer haben beschlossen, den Verlag aufzulösen und am Mittwoch den Konkurs anzumelden.

Der bisherige Herausgeber des Blattes beabsichtigt, aus der Tageszeitung eine Wochenzeitschrift zu machen, wobei allerdings Voraussetzung ist, daß er genügend Anhänger findet, die das neue Unternehmen finanzieren. Bisher sind alle Sanierungsversuche daran gescheitert, daß der allergrößte Teil der Einnahmen und sonstige Einnäge in die Hände des Rechtsanwalts Luetegebundene wanderten, dessen Forderungen für die Verteidigung in dem Bomben-Prozeß auch heute noch nicht restlos gedeckt sind.

„Tölplicher Beobachter“ erneut verboten. Nach einer Mitteilung der Polizeidirektion München wurde der „Tölpliche Beobachter“ in seiner Bayern-Ausgabe und seiner Reichs-Ausgabe mit sofortiger Wirksamkeit bis 1. September 1931 einschließlich auf Grund der Rotverordnungen des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 verboten.



Fahrt vorsichtiger! Wieder 35 Tote und 1171 Verletzte in Berlin! So lautet die Überschrift über einem recht traurigen Bericht des „Vorwärts“ vom Freitag, dem 17. Juli 1931. Darin ist die Bilanz des trüben Kapitels „Straßenunfälle“ für den Monat Juni gezogen. Genau so sehen schon seit Jahren die entsprechenden Mitteilungen aus, jeder weiß davon, jeder jammert darüber, jeder schimpft, nörgelt und meckert. Worte und Druckerschwärze sind reichlich genug verschwendet worden; aber welche Taten sind zur Besserung der Verhältnisse aufzuweisen.

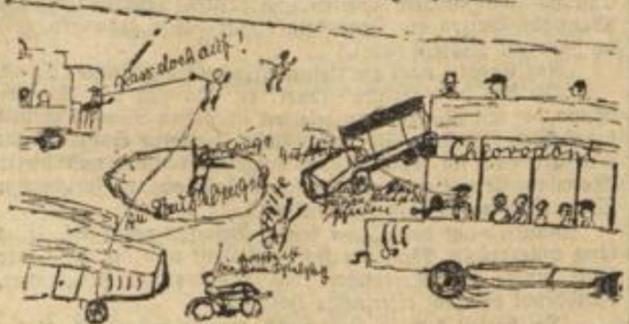
Recht, recht wenige sind es, und wo wirklich trübt Hand an das Werk der Bekämpfung der Straßenunfälle gelegt worden ist, da haben Unverständnis und Kurzsichtigkeit sich oft hemmend zum Schaden für das Ganze in den Weg gestellt. Man frage nur einmal die armen Berufsstraßenfahrer, was die zu den Zeitungsnachrichten mit der Überschrift: „Fahrt vorsichtiger!“ zu sagen haben. Sie werden ohne weiteres zustimmen, daß es unvorsichtige Fahrer gibt. Sie bilden aber die Ausnahme. An ihrer Unschädlichmachung mitzuarbeiten, ist jedem organisierten Kraftfahrer Selbstverständlichkeit. Das Gros der Chauffeure, das trotz größter Vorsicht immer noch sehr häufig mit Unrecht zu ihren Ungunsten beunruhigt wird, kämpft mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für eine erhöhte Sicherheit im Strudel des Verkehrs; denn was nützen schließlich die vorsichtigsten Fahrer, die besten Verkehrsbestimmungen und -einrichtungen, die tüchtigsten Verkehrsbeamten, wenn sich nicht alle Straßenbenutzer zur Verkehrsdisziplin bekennen? Vorsicht ist das erste Sicherheitsgebot im Verkehrsleben, aber nicht nur von Seiten der Kraftfahrer allein her, sondern von allen Menschen muß sie gefordert werden. Auch das haben die Tageszeitungen wiederholt betont. Filme, Lichtbilder, Plakate, Vorträge, Sicherheitswochen haben versucht, die Allgemeinheit über die Verkehrsgefahren und die Mittel zu ihrer Verhütung aufzuklären.

Man kann auch ohne Schaden flug werden.

Die Jugend von heute als Volk von morgen wird gegenüber den Gefahren des Lebens, besonders aber gegenüber den Gefahren des Verkehrslebens, besser ausgerüstet sein müssen, als es vielleicht zur Zeit notwendig erscheint. „Durch Schaden wird man klug“ und „Erfahrung ist ein teurer Lehrmeister“, das sind zwei alte Weisheiten. Eriparieren wir der Jugend das teure Lehrgeld bitterer Erfahrungen und klugmachender Schäden, das oft mit der unersehbarer Gesundheit oder gar mit dem Leben bezahlt werden muß. Die Jugend hat ein Anrecht darauf, außer der fundamentalen Kulturpraxis auch eine feste Grundlage einer bescheidenen, aber sicheren Lebenspraxis mit auf den Weg zu bekommen.

Der verkehrserzieherische Einfluß auf die Erwachsenen kann und wird nicht sehr erfolgreich sein. Das Werk muß eben an der Jugend beginnen, und weil die meisten Elternhäuser aus bekannten Gründen in der Verkehrserziehung der Kinder versagen, muß die Schule helfend einpringen. Sie bedarf dazu keines neuen Unterrichtsfaches, sie muß nur bei jeder sich bietenden Gelegenheit bedeutend mehr als bisher das praktische Leben berücksichtigen und kann getrost manchen Stoff aus der Fülle des unnützen Ballastes fortlassen, der im späteren Leben den Kindern absolut nichts nützt. Zeit- und Lebensnähe des Unterrichts sind zwei wertvolle Forderungen der neueren Pädagogik. Sie stehen aber häufig nur auf dem Papier. Wohl lernen die Kinder Indien und Afrika, Sonne, Mond und Sterne und wer weiß was sonst noch alles kennen, aber mit den Dingen des täglichen Gebrauchs, mit dem Geschehen auf der Straße macht man sie herzlich wenig vertraut. Und wo es

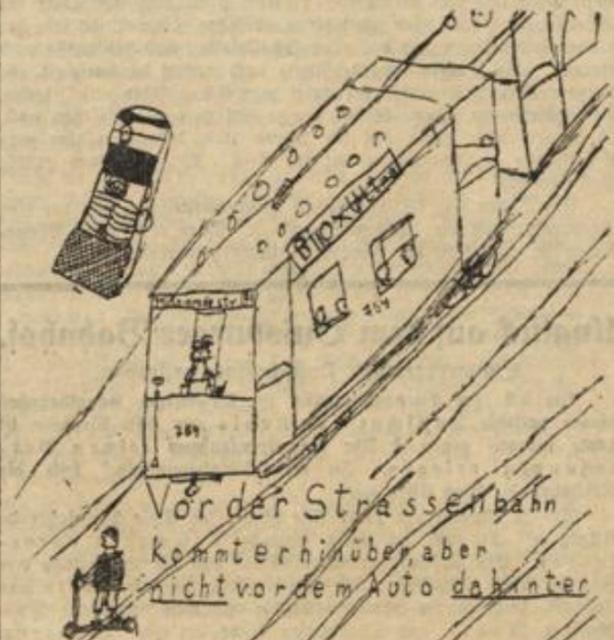
Die Straße ist kein Spielplatz!



Verkehrspunkt: Zeichnung eines 10jährigen.

vielleicht doch der Fall sein sollte, da verfährt man immer noch viel zu „wissenschaftlich“. Ich erinnere nur an ein Beispiel: Das Telefon wird schon seit Jahrzehnten in den Schulen besprochen. Wie es elektrisch, also wissenschaftlich funktioniert, ist den Kindern, namentlich den Knaben, bekannt. Sobald aber das Leben eines jungen Menschen an den Fernsprecher zwingt, verlagert er häufig, weil er es eben „nicht gelernt“ hat. Genau so verhält es sich mit der Praxis anderer Lebensnotwendigkeiten. Wir verlangen, daß sich alle Straßenbenutzer zur Verkehrsdisziplin bekennen sollen, die Kinder mit eingeschlossen, tun aber herzlich wenig oder nichts, um überhaupt erst die Möglichkeit hierfür zu schaffen. Wie kann ein Mensch sich nach Bestimmungen richten, die ihm völlig unbekannt sind? Die Straßenverkehrsordnung ist allen Berliner Schulen in etwa dreißig Exemplaren zugestellt worden. Sie paragraphenweise mit der Schuljugend durchzusprechen, wäre ebenso grundverkehrt, wie das Nicht-

benutzen derselben. Hinzu kommt noch, daß die meisten Lehrkräfte selbst nicht mit ihr genügend vertraut sind. Wohl habe ich vor Jahren die „Schul-Verkehrswacht“ mit dem Ziele ins Leben gerufen, wenigstens an jeder Schule ein Mitglied als Vertrauensmann zu gewinnen, der dann die an den Arbeitsabenden gewonnenen Kenntnisse dem eigenen Kollegium übermitteln soll, damit



Diese Unfallmöglichkeit hat sich ein 13jähriger ausgedacht.

Diese Dinge dann von allen Lehrkräften im Unterricht und auch bei den sonstigen Veranstaltungen der Schule im Sinne einer fruchtbringenden und zeitgemäßen Verkehrserziehung angewendet werden können. Gewiß ist die Tatsache recht ermutlich, daß zu dieser Arbeitsgemeinschaft in Groß-Berlin etwa 700 Mitglieder zählen. Der Kreis muß aber noch viel größer werden und auch noch andere Personen mit umschließen, die irgendwie mit Erziehungsfragen zu tun haben. Verkehrserziehung ist u. a. auch ein wirklich praktisches Betätigungsfeld einer zeitgemäßen Jugendpflege. Klassen- und Gesamtelternabende können ebenfalls mit in den Dienst der Sache gestellt werden.

Keine Verkehrsnaseweise und keine Angstmeier.

Und worauf kommt es in der Verkehrserziehung der Jugend an? Wir wollen durchaus keine Verkehrsnaseweise erziehen, das Zeitalter der Technik und des Verkehrs verträgt aber auch keine Angstmeier. Es kommt zunächst nur das aus dem Verkehrsleben in Frage, was die volkstümliche Alltätigkeit betrifft. Die Kinder sind auf der Straße zunächst Fußgänger, wir begegnen ihnen aber auch als Fahrer (Radfahrer) und als Fahrgast der öffentlichen Straßenverkehrsmittel. Das ergibt den äußeren Rahmen für die verkehrserzieherische Schularbeit.

Sehr wesentlich für die Besserung der Verhältnisse in der Sicherheit des Straßenverkehrs ist die Kenntnis der Verkehrszeichen, die von den Beamten, Ampeln, Schildern und auch von den Fahrern gegeben werden. Der verhängnisvolle Irrtum, daß alle diese Dinge nur für den Lenker eines Fahrzeuges vorhanden seien, hat unsagbar viel Unfälle hervorgerufen. Die Wanderungen, Ausflüge usw. bringen die Kinder in praktische Berührung mit diesen Zeichen. Wenn sie dann im Zeichnen bildlich dargestellt und auf Pappe aufgezogen, mit einem Stab und Fuß (aus Plastilin oder einer durchgeschnittenen Garnrolle) versehen werden, dann haben sich die Kinder ein wertvolles Anschauungsmaterial selbst geschaffen. Wohl die schlimmste Ursache vieler Verkehrsunfälle ist die

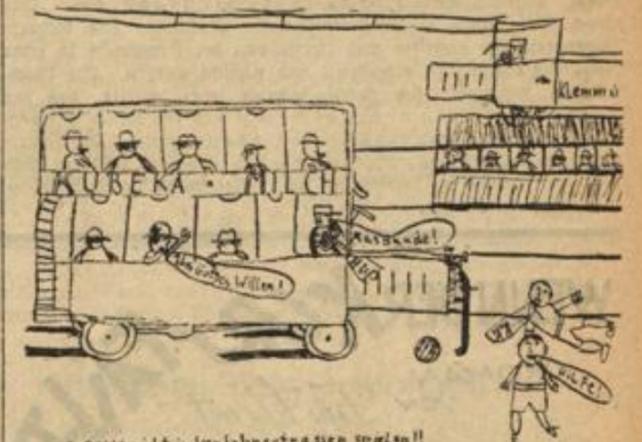
Schwerfälligkeit, die nur durch die planmäßige Erziehung zur Verkehrsgewandtheit ausgemerzt werden kann. Die Kenntnis der Verkehrswegweiser, zu denen ich alles das rechne, was mir Aufschluß über die Verkehrswege, -zeiten und -preise gibt, ist hierfür sehr geeignet. Karten, Pläne und Adreßbücher liefern das Unterrichtsmaterial, das in der Heimat- und Erdkunde und in den mathematischen Fächern lebenspraktische Auswertung ermöglicht.

Die Kenntnis der heimischen Verkehrseinrichtungen müssen heimatkundliche Ausflüge vermitteln, und endlich ist die Kenntnis der Verkehrsgeschichte wichtig, um das Jetzt besser verstehen und schätzen zu können.

Sind so die grundlegenden Bedingungen für das Verstehen der Verkehrsbestimmungen allmählich erarbeitet worden, und haben die Kinder im Laufe der Jahre sich ihre Verkehrsordnung selbst gebildet, dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo die eigene Verkehrsordnung mit der amtlichen verglichen, gestärkt und ergänzt wird. Das Erkennen der Kinder, daß die Behörden oft in ihren Forderungen nicht so streng wie sie selbst sind, dürfte der staatsbürgerlichen Erziehung zugute kommen.

Endlich müssen die Verkehrsflughelten genügend Berücksichtigung in der Schularbeit finden. Die Fragen der Verkehrssicherheit, der Verkehrsbescheinigung, der Verkehrswirtschaftlichkeit und der Verkehrsüberwachung stehen dabei im Vordergrund. Die zur Zeit wichtigste Frage „Wie schütze ich mich im Verkehrsleben gegen Unfälle?“ zu beantworten, müssen wir den einzelnen Schulen selbst überlassen. Wir brauchen aber hierfür kein künstliches „System“. Die unterrichtliche Auswertung von Erlebnissen und Unfallnotizen aus der Zeitung, ganz gleich, ob sie in regelmäßigen Zeitabständen oder nur gelegentlich erfolgt, wird durch Bilder gut unterstützt. Ich empfehle dafür die 40-Bilder-Rappe der „Deutschen Verkehrswacht e. V.“, Berlin W. 8., Wilhelmstraße 46, die zu einem Spottpreis die besten Illustrationen der von mir geleiteten „Deutschen Jugend-Verkehrswacht“ enthält. Der Gesamtverband ist Mitglied der Verkehrswacht und unterstützt deren Bestrebungen nach besten Kräften.

Zum Schluß will ich noch auf die Verkehrszimmer in den hiesigen Schulen hinweisen. Das erste befindet sich in der 18. Volkshule, Kappensstraße 84, und steht allen Interessenten zur Beschäftigung nach vorheriger fernmündlicher Vereinbarung nach dem 1. September zur Verfügung (E. A. Alexander 6221).



Ein 12jähriger warnt seine Kameraden.

Verkehrserziehung ist das dringende Zeitgebot. Die Not zwingt uns zur größtmöglichen Sparsamkeit. Unfallvergütung verschlingt ungeheure Kapitalien, die durch rechtzeitige Unfallverhütung eingespart werden könnten. Eines der besten Mittel zur Bekämpfung der Unfälle ist die planmäßige Verkehrserziehung der Jugend. Ihre allgemeine Einführung und Unterstützung würde der Volksgesundheit und der Volkswirtschaft kostbare Werte erhalten. Rektor Walter Hauser - Berlin.

Zehn Arbeiterinnen erkrankt. Nach dem Genuß von säurehaltigem Kaffee.

In der Telefonfabrik Berliner in Steglitz, Siemensstraße 27, mußten gestern während der Arbeitszeit zehn Arbeiterinnen ins Krankenhaus überführt werden. In der Arbeitspause hatten die Frauen Kaffee getrunken, der säurehaltig war. Bald nach dem Genuß des Getränkes machte sich eine sehr starke Hebelkeit bemerkbar. Erfreulicherweise liegt keine Lebensgefahr vor. Eine Untersuchung durch die zuständigen polizeilichen Behörden ist im Gange.

In der Jauchegrube ertrunken.

Die alte Ansitze märkischer Obstzüchter, Jauchegruben unbedeckt und ohne Umzäunung in den Obstplantagen liegen zu

lassen, war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Potsdamer Schöffengericht. Am 12. Juni besuchte der Kaufmann Menz aus Werder mit seiner zweijährigen Tochter eine Obstzüchlerfamilie bei Werder. Während der Vater Kirichen pflückte, lief das Kind auf das benachbarte Grundstück des Obstzüchters Reuter. Das Kind hat hier eine mit grünem Entenschlamm überzogene Jauchegrube als Rasen angesehen, lief darauf zu und ertrank. Reuter wurde vom Schöffengericht wegen fahrlässiger Tötung zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Schwindler im Botanischen Garten. Im Botanischen Garten findet kein Pflanzenverkauf statt. Vor Schwindlern, die sich als angestellte des Gartens ausgeben und dem Publikum Pflanzen verkaufen wollen, wird gewarnt. Ebenso vor solchen Personen, die sich als Führer aufdrängen.

Die Geburt der Schallplatte.

Die Attraktion der Großen Deutschen Funk-Ausstellung.

Den magnetischen Anziehungspunkt für alle Besucher der Funk-Ausstellung bildet die Halle VI. Hier wird die Herstellung der Schallplatte von A-Z im Betrieb vorgeführt.

Über tausende von Besuchern besichtigen täglich an dieser Schallplattenfabrik ein Miniaturwerk. Und die meisten sagen: „Ach, ich habe mir das ganz anders vorgestellt.“ Da ist nämlich nichts von Hartgummi zu sehen, den alle für den Rohstoff der Schallplatte halten, vielmehr sehen wir ungetriebene Säcke, die eine weite Röhre hinter sich haben. In diesen Säcken befindet sich Schellack, ein in Indien gewonnenes Harz, das wiederum der Saft von Bäumen ist, der durch Insektenstiche aus der Rinde der Bäume quillt. Vor diesen Bergen von Schellackblöcken stehen zwei junge Mädchen und prüfen noch einmal die braune Masse, daß sie kein Fremdkörper in diesen teuersten Bestandteil der Schallplatte mit durchschlägt. Und zu dem Schellack gesellen sich noch Schwefel, Schiefermehl, Baumwollstücken und pechschwarze Farbe, alles fällt in eine Mühle, wo es fein pulverisiert wieder herausrieselt.

Diese fein gemahlene und gemischte Pulvermasse wird dann einem Walzwerk zugeführt, wo zwei rotierende, erhitzte Stahlwalzen aus dem Pulver einen dicken, zähen Teig bereiten, den ein Kalandar zu Platten formt, die den hochtrabenden Namen „Biskuits“ haben, aber wie Asphalt aussehen, den noch kochend die Erdarbeiter auf den Fahrdamm schmieren. Schließlich dürfen die Platten erkalten und wandern in die Plattenpresserei, wo sie warten müssen, bis man sie braucht.

Denn inzwischen beginnt die Aufnahme, bei der jeder zu sehen kann, denn die in der Halle VI aufgebauten Schallplattenfabrik enthüllt willig jedes ihrer Geheimnisse. Und wenn das alles noch nicht genügt, der kann die Arbeiter fragen, die geben gern noch weitere Auskunft. Also in dem schallisolierten Aufnahmezimmer steht ein einfaches Mikrophon, vor dem kann geungen, gesprochen oder musiziert werden, dem Mikrophon entgeht nichts. In einem zweiten Raum steht die Aufnahmeapparatur, die erst mal die von dem Mikrophon erzeugten elektrischen Schwingungen verstärkt, und dann ist ein kleiner, dicker, brauner Mischstein da. Der dreht sich lustig im Kreise, aber es ist der weiche Mischstein, den es auf der weiten

Welt gibt, denn er ist aus Wachs. Wie altertumsgraue Runen schreibt die Nadel des Aufnahmeapparates ihre Zeichen auf die Wachsplatte.

So wäre das Original der Schallplatte geboren, aber es ist noch weich wie Butter. Also wird das Wachs von einer feinen Silberfolie überzogen, und dann muß das Original baden gehen, 24 Stunden lang in einem himmelblauen Bad, das man ein galvanisches nennt, bis Silber und Wachs von Kupfer überzogen sind. Diese Kupferschicht ist jetzt die Originalmatrize, „Bater“ genannt und bildet das negative Bild der Wachsplatte. Darauf beginnt das galvanische Bad von neuem, und es entsteht ein Positiv, die Mutter, aber noch immer nicht kann die „Mutter“ in die Plattenpresserei, erst wird sie noch auf eine Drehbank gespannt und allerlei mit ihr aufgestellt, denn sonst wäre es zu einfach, so daß jeder geschickte Bastler sich in Zukunft seine Schallplatten selbst herstellen könnte.

Jetzt kommen die „Biskuits“ wieder an die Reihe. Sie werden auf elektrisch geheizten Tischen erwärmt und wieder weich gemacht, kommen in die Pressform und machen nun ihre erste Bekanntschaft mit der Muttermatrize. „Wum-zisch, wum-zisch, wum-zisch“, ardet ohne eines Menschen Hand die automatische Plattenpresse. In diesem einen Arbeitsgang werden die Platten-Einheiten gleich mit eingepreßt, und so fleißig ist der Pressapparat, daß er 100 Schallplatten in der Stunde herstellt.

Und wie am Anfang bei den Schellackblöcken zwei junge Mädchen saßen und den Grundstoff prüften, sitzen auch am Ende der interessanten Fabrikation zwei junge Mädchen, die nehmen jede der sauber geschliffenen und polierten Schallplatten und prüfen sie noch einmal. „Wird eigentlich jede Platte noch einmal durchgeschaut, ehe sie zum Verkauf kommt?“ erkundigt man sich. „Aber nein“, lachen die Prüferinnen, „dann hätten wir ja viel zu tun, wir sehen nach, ob Blasen oder Risse auf der Platte sind, denn was eine gute Schallplatte ist, das haben wir im Blick. Wer sind doch geübte Prüferinnen.“

Nun haben wir die 8. Deutsche Funk-Ausstellung, von der eine Sonderabteilung die „Phono-Schau“ ist. Aber eben diese Phono-Schau ist zum Clou der Funk-Ausstellung geworden.

Schafft Dauerkleingärten!

Eine Protestversammlung der Laubentkolonisten in Neufölln.

In der Unionsbrauerei, Hafensheide, fand eine Protestversammlung gegen die Verschleppung des Ortsgesetzes über Dauerkleingärten statt, die der Reichsverband der Kleingartenvereine, Bezirksverband Neufölln-Treptow, einberufen hatte.

Der Referent des Verbandes, Koch, sprach vor den zahlreich erschienenen Kleingärtnern über den Kampf der Kleingartenverbände um die Schaffung von Dauerkleingärten in Land. Als Forderungen und Bitten an den Magistrat seien bisher ergebnislos verlaufen. Die Kleingärtner schweben mit den augenblicklichen kurzen Pachtverträgen in dauernder Gefahr, von ihren Grundstücken verwiesen zu werden, die sie in jahrelanger schwerster Art zu einem Erholungsort für sich und ihre Familien gemacht hätten. Für ihren ungeheuren Aufwand an Geld und Mühe verlangten die Kleingärtner eine Garantie in Form langjähriger Pachtverträge. Auch bei Geländen, die außerhalb Berlins liegen, habe sich der Magistrat nicht entschließen können, diese Gebiete als Dauerkleingartengelände zu erklären. Das Berliner Stadiparlament habe bereits seine Zustimmung zur Schaffung von Reichsheimstätten-Gartengebieten und Dauerkleingärten abgegeben. Die eigentliche Verkündung des Ortsgesetzes habe jedoch bisher auf sich warten lassen. Trotz aller Versprechungen habe der Magistrat nichts zur Beschleunigung der Verkündung unternommen. Der Referent forderte einen mindestens 25jährigen Pachtvertrag, soweit es sich bei dem vorhandenen Laubengelände um Eigentum der Stadt Berlin handelt. Der Redner ging soweit, zu sagen, daß die Kleingärtner als Protest die jährlichen Pachtzahlungen verweigern müßten, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Nach den Ausführungen des Referenten teilte ein Vertreter des Bezirksamts Neufölln mit, daß er selbst die Schaffung von Dauerkleingärten sehr wünscht. Stadtrat Genosse Heyshold sprach als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion den versammelten Kleingärtnern die allergrößte Sympathie und Unterstützungsbereitschaft aus. Die Verzögerung der Ausweisung des Dauerkleingartengesetzes sei ein Skandal. Die sozialdemokratische Fraktion werde dafür eintreten, daß die Kleingärtner 30jährige Pachtverträge erhalten. Zum Schluß der Kundgebung legte der Vorstand des Verbandes den versammelten Kleingärtnern eine entsprechende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde.

Ende der 100-Mark-Ausreise-Gebühr.

Dauer vom 22. Juli bis 26. August.

Die 100-Mark-Gebühr, die für Auslandsreisen gezahlt werden mußte, kommt mit dem morgigen Tag in Wegfall. Schon heute läßt sich auf dem dazu besonders eingerichteten Büro im Berliner Polizei-Präsidium kein Reisender mehr sehen. Montag, den 24. August, wurden nur noch vier Personen abgefertigt. Insgesamt wurden auf diesem Spezialbüro 10 195 Personen vorstellig, um ins Ausland zu reisen. 9031 Personen mußten von der 100-Mark-Gebühr befreit werden, da sie entweder erkrankte Angehörige im ehemaligen deutschen Gebiet aufsuchten, Geschäftsreisen im Interesse der deutschen Wirtschaft zu machen hatten oder unter die Ausnahme fielen, die durch die Ausführungsbestimmungen festgelegt waren. Wie wirkungslos eigentlich die Rotenordnung war, beweisen am besten die Zahlen. Von je 10 Ausreisenden mußte 9 Personen die Gebühr entlassen werden. 1164 Reisende zahlten im Berliner Polizeipräsidium die 100-Mark-Gebühr, so daß 116 400 Mark eingenommen wurden. Es besteht kein Zweifel, daß während der Sperrzeit nur ein Bruchteil der Ausreisenden die notwendigen Gebühren zahlte, denn es hatte schließlich bald der Dämmsturm heraus, wie man die Verordnung umgehen konnte. Die Touristenvereine haben während der Sperre einen geradezu überwältigenden Zustrom an neuen Mitgliedern aufzuweisen. Mitglieder der verschiedenen Vereine konnten betrieblieh frei die Grenzen passieren. Die Regierungsstellen waren durchaus im Bilde, denn es wurde erst in den letzten Tagen weiterverordnet, daß die Touristenvereine ihre Eintrittspreise erhöhen bzw. ihre Mitglieder gleich um den Jahresbeitrag zu erleichtern hatten. Wie gerade die reisende Arbeiterbevölkerung von der sinnlosen Verordnung getroffen wurde, beweist der Ausfall mehrerer Reisen, die der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit organisiert hat.

Der Orkan rast.

Zahlreiche Todesopfer des Sturms an der Atlantikküste.

Paris, 25. August.

Der Sturm an der atlantischen Küste Frankreichs hat in den letzten 24 Stunden 19 Todesopfer gefordert. Eine Flottille von 300 Fischerbooten wurde an der Küste der Bretagne vom Sturm überrollt, acht Mann ertranken. Am Strande von Torquay wurden vier Touristen, als sie das aufgewühlte Meer betrachteten, von einer Sturzwellen erfasst und ins Meer geschleudert. Sie kamen in den Wellen um. Ein kleiner Schleppdampfer, der ein Fahrzeug in den Hafen von Rochelle einschleppen wollte, sank plötzlich, wobei sieben Mann der Besatzung ertranken.

Dachstuhlbrand am Plan-Ufer.

Nach einstündiger Arbeit gelöscht.

Ein Dachstuhlbrand brach gestern nachmittag in dem Hause Planufer 42 Ecke Bärwaldstraße aus. Das Feuer hatte etwa 50 Quadratmeter des Dachstuhls und mehrere Bodenverklänge ergriffen und konnte von der Feuerwehr in etwa einstündiger Tätigkeit eingekreist und gelöscht werden. Die Löscharbeiten gestalteten sich zuerst dadurch sehr schwierig, daß das Treppenhaus völlig verqualmt war und der Rauch in einem glasüberdachten Lichtlof nicht abziehen konnte. Die Feuerwehrleute mußten aus diesem Grunde das Glasdach zerstören, und erst dann konnten die Löschruppen sich erfolgreich an die Bekämpfung der Flammen machen.

Unglück auf dem Duisburger Bahnhof.

Schwerverletzter Postkassierer gestorben.

Der bei dem Eisenbahnunglück in Duisburger Hauptbahnhof schwer verletzte Postkassierer Kanis aus Köln-Merheim ist heute morgen gegen 3 Uhr im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Zu dem Eisenbahnunglück teilt die Reichsbahndirektion Essen mit:

Am 24. August um 21.47 Uhr ist der im Gleis 2 einführende Zug 56 auf zwei im Gleis stehende Postwagen aufgefahren. Ein Postwagen wurde schwer und die Lokomotive von Zug 56 leicht beschädigt. Der Postkassierer Johann Kanis aus Köln-Merheim wurde schwer verletzt (inzwischen gestorben), Postkassierer Ranke aus Oberhausen leicht verletzt. Vierzehn Reisende haben sich als leicht verletzt gemeldet. Die Verletzungen scheinen aber leichter Natur zu sein, da der Arzt äußere Wunden nicht feststellen konnte. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Sämtliche Reisenden haben ihre Fahrt fortgesetzt.

Jahrplanänderung Berlin—Angermünde. Wie die Reichsbahndirektion Stettin mitteilt, werden auf der Strecke nach Angermünde der Sonntags verkehrende Vorzug 399, ab Stettiner Bahnhof 5.43 Uhr, und der Sonnabends verkehrende erste Vorzug 597, ab Stettiner Bahnhof 15.55 Uhr, nur noch bei Bedarf gefahren werden.

In den Räumen der Deutschen Kunstgemeinschaft im Schloß ist neben Kollektionen von Kunstwerken der durch den Brand des Münchener Glaspalastes geschädigten Künstler eine Sonderausstellung von Willi Saackel, Helmut Krommer und Erich Wastke zu sehen.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON FELY SCHERRET

Wer weiß, was aus dem strebsamen Schüler geworden ist. Er wollte Jura studieren. Also wird er irgendwo als Landrat thronen oder als Amtsgerichtsrat verschimmeln. Abends geht er zum Stammtisch der Honoratioren und treibt vaterländische Politik, schlägt sechsmal in der Woche siegreich die Franzosen, die immerhin nette Leute sind. In zwei Wochen singt Manfred bei ihnen in der Großen Oper den Tristan und den Siegmund, und bis dahin wird er mit einem Freunde Schottland bewundern, in die Seen spucken, an deren Ufern Walter Scott dichtete. Morgen früh verläßt er die Heimat und fährt über Berlin zu den Angelfischen. Die Heimat? Zwölf Jahre hat er sie nicht gesehen, und sie sagt ihm nichts mehr. Eine langweilige Stadt mit langweiligen Leuten.

Jetzt steht er vor einem zweistöckigen Haus, um das ein kleiner, gepflegter Garten den Eindruck der Wohlhabenheit erwecken will.

Die Treppen haben durch allzuhäufiges, energisches Reinigen die Farbe verloren. Das Haus riecht nach Seife, Bratenfett und kleinen Kindern, die sich noch intensiv mit Bindeln beschäftigen. Das üppige Weib mit dem karmosinroten Mantel auf dem Flursenft ist allmählich verblaßt, und der Ruß der Wände zeigt bedenkliche Risse.

In der zweiten Etage steht auf einer schmalen Visitenkarte unter dem blühenden Ringelzug schlüch und einfach: Mag Caspari. Manfred hört hinter der Tür energisch wirtshausen und die Stimme eines Kindes, das allerlei wichtige Dinge erzählt.

Manfred läutet. Die Kinderstimme lacht fröhlich auf, und es nähern sich Schritte, sehr männliche Schritte. Ein Baß dröhnt: „Bummi, das wird die Mama sein.“

In der geöffneten Tür erscheint ein breiter, glattrasierter Mann in Hemdsärmeln und blauer Küchenschürze. Als er den fremden Herrn erblickt, tastet er verwirrt nach der Schürze, an der sich ein Anklein auf alle Fälle klammert.

„Guten Tag, Mag! Behalte ruhig deine Schürze um.“ Manfred streckt die Hand aus, die der andere in der Aufregung überfieht.

„Du...?“ stottert er. Der kleine Herr, der an der Schürze hing, stellt sich schüchtern vor den Vater. Manfred streichelt den dunklen Kopf. „Ich tue deinem Papa doch nichts, du Heldenzweig. Wir sind alte Freunde, mußt du wissen.“ Darauf wendet er sich an Mag: „Was staunste denn?“

„Du besuchst mich?“ Mag kann sich nicht fassen. Er fragt noch einmal: „Du besuchst mich? Du hast mich nicht vergessen?“

„Ach, du meinst, weil ich niemals geschrieben habe. Ich beehre auch meine Verwandten nicht mit Briefen. Ich mag eben nicht schreiben. Aber bitte, ich möchte endlich eintreten, sonst lasse ich die Flaschen fallen, und das wäre schade!“

Sie sitzen im Bohnzimmer an einem schmalen Fenster. Da keine Kelche vorhanden sind, trinken sie den ungekühlten Sekt aus Wassergläsern. Bummi hockt auf dem Fußboden und studiert mit höchstem Interesse den fremden Herrn. Das Zimmer ist karg möbliert. Die Möbel erscheinen etwas altersschwach, nur das Klavier macht einen besseren Eindruck.

Manfred hat soeben geschildert, wie er Marie traf. Allerdings unterdrückte er die Details, überhaupt retuschierte er alle Schatten weg. Das Wiedersehen erhielt in seiner Darstellung einen freundlichen, frühlingshaften Charakter. Es trug gewissermaßen Weinsaub im Haar. Manfred will jetzt die Eiterbeule öffnen.

„Warum singst du nicht mehr?“ Er ist aufgestanden, an das Klavier getreten und schlägt die ersten Takte des Holländermonologs an. „Erinnerst du dich noch, wie du dir im dritten Akt damals in Danzig aus Temperamentsüberschwang den Bart abristest? Ich verjäumte vor Lachen meinen Einsatz.“

Mag Caspari blickt den Freund drohend an. „Warum ich nicht singe? Mich will keiner haben! Als Dortmund die Oper abbaute, war Schluss. Die Agenten stopften mich mit Versprechungen. Ein paar mal sang ich noch im Rundfunk. Dann war es aus! Du hast Glück gehabt, nichts weiter als Glück.“ Den letzten Satz brüllt er mit Stentorstimme, die für die Gewitterarie des Vfsiart ausreichen würde. Stefan-Bummi klebt inzwischen unangefochten Papierhäuschen.

Manfred bleibt beherrscht, geradezu eisgekühlt. Er setzt

sich auf einen gichtbrüchigen Rohrstuhl und schlägt die Beine übereinander.

„Bielleicht hast du recht. Sicherlich begünstigte mich das Glück. Aber das war es nicht allein. Nein, nein, ich will von der Stimme gar nicht reden.“ Er entort die zweite Flasche. „Ich bin eben Diplomat gewesen, machte in Vogen und in politischen Parteien, denn ich wollte steigen. Der Ruhm reizte mich weniger als das Geld. Ich wollte reich werden, und ich spekulierte richtig. Mein Tenor notiert augenblicklich hoch auf der Börse.“ Sein Gesicht verzerrt sich zu einer grinsenenden Grimasse. „Ach, die ganze Kunst! Mir ist wichtiger, daß ich mit Aktien richtig liege. Im letzten Winter schloß ich in Chicago zwischen dem zweiten und dritten Tristan-Akt sogar Manitoba-Weizen ab. Jergendeiner war Pleite gegangen, und ich habe gut verdient dabei.“

Mag Caspari nagt am kleinen Finger seiner rechten Hand. „Ist das dein Ernst?“ lallert er. Da sitzt vor ihm der Mann, der mit Glücksgütern gesegnet ist, dessen Stimme zu den herrlichsten der Welt zählt, der Mann, der keine Sorgen kennt und der ganz in seiner Kunst aufgehen könnte, und dieser Mann tut sie mit einer verächtlichen Geste ab und spricht von Börse, Diplomatie und Konjunktur.“

Manfred hat den Zweck seines Besuches vergessen. Eine lang unterdrückte But, ein Haß auf Gott und die Welt, der sonst hinter der Korrektheit des Westmannes schlummert, durchbricht die kühl reservierte Haltung.

„Du hättest dich in Dortmund, wo du erst warst, hinter irgendeine Clique klemmen, einer Frau Stadtrat oder Frau Fleischermeister hofieren sollen. Warum liebst du dich nicht in Familien einladen und hast blöden Gänsen etwas vorgegrößt. Botans Abschied im Salon bei Piefedes oder so ähnlich. Es gibt einen berühmten jüdischen Kapellmeister, der ist katholisch geworden, um sich durchzusetzen. Bei der Prozession ist er feierlich mitgelatscht. Kirzen hat er in de Händ!“ Manfred macht eine illustrierende Geste. „So was muß man den Idioten vormachen, denn Idioten sind sie alle, auch wenn sie Konten von Millionen Dollars ihr eigen nennen. Psui Deibel!“ Er gießt ein Glas herunter und lacht. „Frag mich doch, warum ich Sänger geworden bin! Sollte ich mich vielleicht wie mein Vater als außerordentlicher Professor mein Leben lang durchhungern? Wenn ich schon gezwungen war, mich zu demütigen, dann wenigstens dort, wo es sich lohnte. Man muß seine Ware so teuer wie möglich verkaufen, sonst ist man reif für's Irrenhaus oder ein unrettbarer Romantiker wie du, was wohl auf eins herauskommt.“

(Fortsetzung folgt.)

Vaterlandsliebe gegen Kapitalgeschenke.

Die Hausbesitzerpläne über die Hauszinssteuer.

Die Hausbesitzer unter Führung von Herrn Stadtrat Humar-Rindgen, enthüllen nunmehr in der Öffentlichkeit die Einzelheiten ihres Raubplanes auf die Hauszinssteuer. Sie wünschen ab 1. Januar 1932 die gänzliche Aufhebung der Hauszinssteuer. An Stelle der Hauszinssteuer soll eine Rentenschuld zugunsten des Reiches ohne Kapitallast gesetzt werden. Diese Rentenschuld soll ähnlich wie die Rentenschuld der Landwirtschaft bei der Begründung der Rentenmark behandelt werden. Der Gläubiger, das Reich, soll demnach nicht in der Lage sein, die Rentenschuld zu kapitalisieren. Der Schuldner allerdings, die Hausbesitzer, sollen im Gegensatz zur Rentenschuld der Rentenmark berechtigt sein, die Schuld zu kapitalisieren und abzulösen. Diese Umwandlungspläne werden verbunden mit dem Vorschlage, den Ertrag aus der Gebäudeentlastung auf einen Bruchteil des bisherigen Ertrages herabzusetzen.

Die Hauszinssteuer wurde seit Beendigung der Inflation erhoben und dem Hausbesitzer dafür, daß er seine langfristigen Verbindlichkeiten nur bis 25 Proz. aufzuwerten brauchte, als ausgleichende Last für den Geldwertungsgewinn oder die Gebäudeentlastung auferlegt.

Die Hauszinssteuer steuerte demnach etwas aus der Wohnungswirtschaft weg, was dem Hausbesitzer niemals gehört hatte. Trotzdem streckt der Hausbesitz heute seine Hand danach aus, und das in maßloser Weise in einer Zeit, in der das Reich, die Länder und Gemeinden nicht wissen, wie sie ihre Finanznot überwinden sollen.

Die Hauszinssteuer brachte

in den Jahren 1925/1926	1 300 000 000 Mark
in den Jahren 1926/1927	1 500 000 000 Mark und
in den Jahren 1927—1931	je 1 700 000 000 Mark.

Von dem Aufkommen wurde bis zur Hälfte zur Förderung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues verwandt, der Rest diente der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfes.

Statt 1700 Millionen nur noch 300 Millionen.

Der Hausbesitz bietet für die Aufhebung der Hauszinssteuer, die seine Mieter mit 1 Milliarde 700 Millionen Mark in den letzten schlechten Wirtschaftsjahren belastete, eine Rentenschuld an, für die er nur noch 300 Millionen Mark aufzubringen hat. Gegen das Geschenk von weit mehr als 1 Milliarde Mark jährlich erklärt sich der Hausbesitz liebenswürdigweise bereit, an dem Wiederaufbau des Reiches mitzuarbeiten.

Wenn die Gewerbetreibenden diesem Beispiel folgen und nur unter der Voraussetzung an dem Wiederaufbau des Reiches mitarbeiten wollen, daß ihnen 80 Proz. ihrer Gewerbesteuern erlassen werden, und andere Berufsstände ein gleiches aussprechen, dann wird die Finanznot der öffentlichen Hand sicherlich in kurzer Zeit von selbst behoben sein, weil der gute Wille zum Wiederaufbau mehr wert ist als die Milliarden, die Reich, Länder und Gemeinden dann nicht bekommen werden. Die Staatsausgaben werden dann mit dem guten Willen der Kapitalisten bezahlt! Vaterlandsliebe, Kapitalgeschenke und gegen Steuernachlässe!

Es ist unverständlich, daß ein solch ungeheurer Plan überhaupt in der deutschen Öffentlichkeit Erörterung finden

kann. Die Grundlage für eine Diskussion über die Regelung der Gebäudeentlastungssteuer kann er nicht abgeben.

Der Hausbesitzer, der ein Haus mit 100 000 Mark Vorkriegsmietwert und 6000 Mark Vorkriegsmiete besitzt, hatte bei 120 Proz. Friedensmiete bisher theoretisch 3000 M. Hauszinssteuer zu entrichten. Wenn nunmehr an die Stelle der Hauszinssteuer eine Rente in der Höhe von 5 Proz. des dreifachen Betrages seiner Hauszinssteuer gesetzt wird, so würde

dieser Hausbesitzer an Stelle von 3000 M. Hauszinssteuer in Zukunft 450 M. Rente zu entrichten haben, d. h. er würde für die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit seines Standes am Wiederaufbau des Deutschen Reiches jährlich 2550 M. einstecken.

Der Hausbesitz möchte aber diesen Ertrag auch noch auf jeden Fall gesichert haben. Deshalb verlangt er als weitere Gegenleistung eine Garantie des Reiches für die Höhe der Mieten. Er wünscht nicht, daß ihm aus seinen eigenen Reichen Konkurrenz erwachse und verlangt als Voraussetzung für die Durchführung seines Planes die unveränderte Beibehaltung der gegenwärtigen gesetzlichen Mieten. Die übrigen Bestimmungen zum Schutze der Mieter sollen aber wie die ganze Wohnungswirtschaft fallen!

Auch die Realreditinstitute verfuhr der Hausbesitz für dieses Geschäft einzuspannen. Er schlägt vor, die Renten der Hauseigentümer ablösbar zu machen. Diejenigen Hauseigentümer, die nicht in der Lage sind, die Mittel für die Ablösung der Rente zu beschaffen — und das wird vorerst die Gesamtheit der Hauseigentümer sein —, sollen den Gläubiger „Reich“ dadurch los werden können, daß sie an seine Stelle den Gläubiger „Realreditinstitut“ setzen. Das Realreditinstitut soll dafür dem Reich Rentenspandbriefe geben. Das Reich darf dann den Versuch machen, die Mittel für diese Ablösung durch Verkauf der Rentenspandbriefe sich selbst zu beschaffen. Von den Kursverlusten, die das Reich dabei erleiden dürfte, wenn es ihm überhaupt möglich sein würde, Rentenspandbriefe zu verkaufen, spricht der Plan der Hausbesitzer nicht.

Es ist einfach unrichtig, wenn behauptet wird, daß „die Realreditinstitute“ dem Plan der Hausbesitzer in vollem Inhalte zugestimmt haben. Dies haben weder sämtliche Hypothekendarlehen noch die Realreditinstitute insgesamt getan. Ueber die dunkle und gefährliche Rolle der hochmögenden „Gemeinschaftsgruppe“ werden wir bald noch einiges zu erzählen haben.

Nimmt man die Vorkriegsverschuldung des städtischen Hausbesitzes mit 80 Milliarden Mark an, so würde durch die Hauszinssteuer beziehungsweise Gebäudeentlastungssteuer eigentlich ein Hohlraum in Höhe von 60 Milliarden Mark wegzusteuern sein. Die Hausbesitzer wollen diese 60 — sechzig — Milliarden Mark, die den inflationsgeschädigten Hypothekengläubigern einmal gehörten, nunmehr für sich in Anspruch nehmen und dafür dem Reich — unverwertbare Rentenschuldbriefe in Höhe von 6 — sechs Milliarden Mark geben.

Wer zu Zeiten der höchsten Not solche unerlas eigen-

nützigen Pläne verfolgt, kann weder als Partner für Verhandlungen noch als Diskussionspartner ernst genommen werden. Und mit diesen Herren wird von den Mitgliedern der Reichsregierung ernsthaft verhandelt!

Kartellfreie Glühlampen.

Schwedische Genossenschaftsfabriken machen dem Glühlampenkartell Konkurrenz.

Im vergangenen Jahr wurde in Schweden vom Genossenschaftsverband eine Glühlampenfabrik in Betrieb genommen, die außerhalb des internationalen Glühlampenkartells arbeitet. Die gegenwärtige Produktion dieser Fabrik beträgt etwa 12 000 Stück täglich, was einer jährlichen Produktion von etwa 3,6 Millionen Stück entspricht. Für später ist eine Steigerung der Tagesproduktion auf 40 000 Lampen vorgesehen. Die Fabrik beschränkt sich nicht auf die Versorgung des schwedischen Marktes, wo übrigens neben ihr schon seit langer Zeit einige dem Kartell unterstehende Firmen tätig sind, sondern hat in der letzten Zeit mit dem Export begonnen. Eine erste Lieferung von 80 000 Lampen ist nach Dänemark gegangen. In kurzer Zeit sollen weit größere Lieferungen nach Finnland und Norwegen folgen.

Die Einfuhr nach vielen anderen europäischen Ländern wird wahrscheinlich aus patentrechtlichen Gründen nicht möglich sein, so daß die Glühlampenkartelle des internationalen Kartells leider in recht geringem Umfange betroffen werden. In Deutschland z. B. ist mit einem Wettbewerb der schwedischen kartellfreien Glühlampen vorläufig wenigstens nicht zu rechnen.

Auslandskredite und Devisenverkehr.

Durchführungsbestimmungen zu dem Baseler Stillhalteabkommen.

Der Reichswirtschaftsminister hat mit Wirkung ab 26. August neue Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung erlassen, um diese mit der in Basel getroffenen Stillhaltevereinbarung in Einklang zu bringen.

Danach ist allein die Reichsbank zuständig für alle Entscheidungen über Devisenbewegungen aus solchen kurzfristigen Verpflichtungen, die deutsche Banken, Handels- und Industriefirmen ausländischen Banken gegenüber eingegangen sind und die den Baseler Stillhaltevereinbarungen unterliegen. Für andere kurzfristige Verbindlichkeiten (in der Hauptsache Fälle, in denen die ausländischen Gläubiger nicht Banken sind) haben die Landesfinanzämter die Entscheidungen zu treffen. Auch in diesen Fällen soll eine Verlängerung der Kreditfristen um mindestens sechs Monate durchgedrückt werden. Ueber „neue“ Guthaben (solche, die nach dem 15. bzw. 31. Juli in Deutschland neu entstanden sind) dürfen Ausländer frei verfügen; es ist gleichgültig, ob es sich dabei um Valuten- oder Reichsmarkguthaben handelt.

Der Devisenverkehr im Inland — Zahlungen von Inländern an Inländer in Devisen für Seeschifftransport, für Durchfuhrhandelsgeschäfte, für Einfuhr von Waren zur Verarbeitung im Inland — ist etwas eingeschränkt worden insofern, als zu solchen Zahlungen nur noch bereits vorhandene Devisen verwandt, aber neue Devisen nicht erworben werden dürfen. Die bisherigen allgemeinen Genehmigungen für Devisengeschäfte im Inlandverkehr; treten am 26. August außer Kraft.

Ultraphon-Betrieb verpachtet.

Die in Schwierigkeiten geratene Deutsche Ultraphon A.-G., die in Deutschland das Grammophon und Schallplatten-geschäft des holländischen Küchenmeister-Konzerns bisher betrieb, hat ihre Fabrikation und den Vertrieb ihrer Platten an die Clausophon-Gesellschaft verpachtet. Diese hatte bis jetzt als Außenleiter nur das Geschäft in billigen Platten betrieben.

Die Ultraphon hat durch diese Abmachung den Vorteil, daß das große Schallplattenlager zu normalen Preisen verkauft wird. Da auch neue Platten weiter hergestellt werden, kann das in den Matrizen festgelegte Kapital allmählich ausgemerzt werden. Auch die Verträge über Neuaufnahmen sollen erfüllt werden. Die Rechteinstände werden zur Befriedigung der Gläubiger von Ultraphon verwandt. Ob die Gesellschaft schließlich verschwinden wird, ist noch nicht bekannt.

Wieder Stilllegung im Widning-Konzern. Der Widning-Konzern legt die Zementfabrik Porta-Union Westfalen wieder still, nachdem der Betrieb erst im Mai mit 200 Arbeitern wieder aufgenommen worden war. Da Vorräte für drei bis vier Monate vorhanden sind, wurden sämtliche Arbeiter entlassen, eine dauernde Stilllegung ist angeblich nicht geplant. — Wahrscheinlich hängt diese Stilllegung mit der Sanierung des ganzen Widning-Konzerns zusammen, dessen Werke alle nur zu einem geringen Prozentsatz ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sind. Das Kapital (30 Mill. Mark) wird im Verhältnis 5:1 zusammengesetzt, weil die Restbauten der letzten Jahre eine einzige sinnvolle Kapitalleistung waren.

Nickeltraut droffelt die Produktion. Die vom englischen Chemiestrukt kontrollierte International Nickel Co. hat den einen ihrer drei großen Hochofen geschlossen, wodurch die Produktion um ein Drittel eingeschränkt wird. Auch die Bergwerksproduktion wird um etwa 15 Proz. gedrosselt werden. Die International Nickel Co., die hauptsächlich in Kanada arbeitet, beherrscht etwa neun Zehntel der Weltproduktion von Nickel. Das rittliche Zehntel liegt bei der französischen Gesellschaft Le Nickel, die in Revu-Raledonien, einer Insel im Stillen Ozean, tätig ist. Infolge der Monopolisierung des Nickels durch diese beiden Gesellschaften ist es so ziemlich der einzige Rohstoff, der trotz der Krise und des starken Rückganges des Nickelverbrauchs im Preise bisher überhaupt nicht gelitten hat.

Weg mit der Brotpreiserhöhung!

Sie ist ungerecht. — Erhöhte Bäckerspanne. — Andere Getreidepolitik!

Die auf Beschluß der Berliner Bäckerinnung am Montag erfolgte Erhöhung der Brotpreise auf 48 Pf. für ein 2½-Pfund-Brot bedeutet eine durchaus ungerechte Ausbeutung der Bevölkerung. Es ist gut, daß das auf Veranlassung der Sozialdemokratie in das Brotgesetz aufgenommene Verbot der Brotgewichtsminde rung endlich in Kraft getreten ist, denn jetzt wird der Bevölkerung die Ungerechtigkeit der Preiserhöhung klar vor Augen geführt.

Die neueste Brotpreiserhöhung von 47 auf 48 Pf. wird mit den in den beiden letzten Wochen erfolgten Mehlpriiserhöhungen begründet. Ruffte aber diese durch Schieles Preistreiberien am Getreidemarkt erfolgte Mehlpriiserhöhung von den Bäckern sofort zu einer Brotverteuerung ausgenutzt werden? Wir sagen nein.

Wenn man für ein 2½-Pfund-Brot 48 Pf. bezahlen muß, so kostet 1 Kilogramm 38,4 Pf. Das Mehl kostet die Bäcker zum Durchschnitt der vorigen Woche frei ins Haus 27 Pf. je Kilogramm. Da die Bäcker für 1 Kilogramm Brot aber nur ¼ Kilogramm Mehl brauchen, so kostet sie das Mehl für 1 Kilogramm Brot nur etwas mehr als 20 Pf. 38,4 Pf. nehmen sie aber vom Kunden. Die Bruttoverdienstspanne des Bäckers beträgt also jetzt über 18 Pf., das ist ebenso viel wie im Oktober vorigen Jahres vor der Preislenkungaktion, bei der ein Teil der übermäßigen Gewinne gekürzt worden ist.

Die Bäckermeister haben aber jetzt ihre alte zu hohe Verdienstspanne nicht nur wieder erreicht, sondern sogar noch vergrößert, denn im Winter sind die Löhne für die Bäckerarbeiter beträchtlich gesenkt worden. Allen Lohn- und Gehaltsempfängern wird ihr Einkommen ohne die geringste Rücksicht gekürzt, die Bäckermeister aber dürfen in der jetzigen Zeit ihre Verdienste erhöhen.

Das Verhalten der Reichsregierung in der Brotpolitik ist geradezu lässlich. Der getreidebauenden Landwirtschaft verschafft sie durch ihre Maßnahmen den allgemeinen Verhältnissen nicht mehr entsprechende, zu hohe Getreidepreise, und die Bäcker hindert sie nicht einmal, sich auf Kosten der jetzt hungernden breiten Massen zu bereichern.

Die letzte Brotpreiserhöhung muß wieder rückgängig gemacht werden. Außerdem ist endlich eine Revision der Ge-

treidepolitik unausschießbar, die wir uns in den jetzigen Notzeiten einfach nicht mehr leisten dürfen.

Schiele will Berichterstattung.

Zur Brotpreis-Erhöhung wird amtlich mitgeteilt, daß der Ernährungsminister die Marktforschungsstelle beauftragt hat, die Preisbildung des Brotes in Berlin nachzuprüfen und ihm schleunigt Bericht zu erstatten.

Scheinheilige Arbeitsloshilfe.

Herr von Flügge, ein Großgärtner aus Pommern, hat in der „Deutschen Tageszeitung“ den Vorschlag gemacht, den Arbeitslosen einen erheblichen Teil ihrer Unterstützung in Bezugsgeldern auf bestimmte Lebensmittel auszugeben. So soll die Brotverforgung derart sichergestellt werden, daß man in der Zeit schlechter Roggenkonjunktur, also jetzt (!), den Roggen einkauft, ihn in Regiebetrieben verarbeitet und dann an die Arbeitslosen abgibt. Bei den Fleischwaren wäre es zweckmäßig, so schlägt Herr von Flügge vor, bei Preiszusammenbrüchen Schweine aus dem Markt zu nehmen, sie in Wurstfabriken zu verarbeiten oder aber auch durch Mastverträge mit den Landwirten die Tiere direkt den Fabriken zuzuführen.

Dieser Plan ist keine Unterstützung der Arbeitslosen, sondern lediglich eine neue Preisstützungaktion für die Landwirtschaft! Dabei wird aber nicht bedacht, daß ja die Brot- oder Wurstfabriken, die hierdurch beschäftigt werden, auf dem Markt nicht mehr einkaufen werden, so daß letzten Endes das Reich mit neuen Geldern einspringen müßte, um über den normalen Bedarf hinaus die Nachfrage zu erhöhen.

Mit scheinheiliger Miene wird hier versucht, den Arbeitslosen zu helfen während im Grunde genommen nur zugunsten des eigenen Portemonnaies Geschäfte gemacht werden sollen. Nein, Herr von Flügge, mit solchen Vorschlägen werden Sie kein Stück haben, denn noch mehr Geld wie bisher kann die Allgemeinheit nicht für die Landwirtschaft aufbringen. Wie wäre es aber mit einer Anregung, die hohen Getreidepreise zu senken, damit das Brot und das Fleisch billiger werden. Das wäre wirkliche Arbeitsloshilfe und würde auch der großen Masse der Bauern nützlich sein. Freilich, Herr von Flügge ist Großgärtner!

O. 3. Heinrich: Begegnung mit Konrad

Wie saßen als Jungen in einer Klasse, Konrad und ich. Nicht nebeneinander; er saß mit dem Schieferstisch zwei Bänke hinter mir auf seine Tafel. Der Konrad.

Seit dem Stiller, der wegen seiner schmutzigen Füße fast jeden Tag vor der Katheder trat und von Lehrer Petrasch mit dem Rohrstock verprügelt wurde. Er weinte schon nicht mehr, nur manchmal, wenn er die Hand viermal hinhalten mußte, war er rot im Gesicht, und die Lippen zitterten. Dann ging er auf seinen Platz und sah fernhergrade in der schiefen Bant.

Stiller bekam die meiste Prügel. Sein Hintermann, Konrad Fleischer, gab oft falsche Antworten; auch dafür schloß es Prügel, wenn auch weniger als für Stillers Schmutzfüße.

Wenn Konrad erschrak, in die Höhe schob, sein kleines Gesicht wie ein weißer Kinderball im weiten Klassenraum stand, stumm, ohne Bewegung, tat es mir jedesmal leid um ihn. Ich mußte gleich geht Lehrer Petrasch auf ihn zu und teilt Ohrfeigen aus. Es kam auch immer so. Konrad setzte sich dann hin, legte beide Arme ineinandergeschlochten auf die Bank und steckte sein Gesicht hinein, das auf einmal zu zuden begann, bis der Lehrer ihn aufrief und aus der Bant treten ließ. Dann stand Konrad die restliche Stunde hindurch vor der grauen Wand mit den geraden grünen Strichen.

In der Pause drückte er sich am Zaune herum, der den Schulhof von der Straße trennte. Er sah die Straße hinauf, als warte er auf jemanden. Einmal kam seine Mutter, die ich gut kannte, und brachte ihm in einem Stück Zeitungspapier Kirichen. Da freute sich Konrad. Er gab mir auch einige ab. Wir Jungen mochten es nicht gern, wenn sich der Vater oder die Mutter am Schulzaun blicken ließen; weshalb — kann ich heute eigentlich nicht begründen. Aber Konrad freute sich. Ich weiß es genau, es waren nicht nur die Kirichen.

Zu Ostern blieb er sitzen. Auch Stiller blieb sitzen und noch vier andere, deren Namen mir jetzt entfallen sind. Sie gehörten von dieser Zeit an nicht mehr zu uns. Jede Verbindung war abgebrochen. Sie hießen Sigenbleiber. Nur in der Gefangstunde, die ebenfalls Lehrer Petrasch gab, saßen wir zusammen. Einmal fragte der Lehrer, was wir daheim für die Verlesung bekommen hätten. Fast jedem hatten die Eltern eine Kleinigkeit gegeben; die Sigenbleiber waren natürlich leer ausgegangen. Als Konrad gefragt wurde, sagte er: Eine Apfelsine; von der Mutter.

Wohl fürs Sigenbleiben? höhnte Petrasch. Die Klasse war still, nur einige lachten. Wir begriffen es nicht recht, weshalb Frau Fleischer ihrem Jungen eine Apfelsine geschenkt hatte. Ich erzählte es daheim.

Frau Fleischer kam nämlich oft zu uns. Sie wohnte im vierten Stock und war meiner Mutter beim Ausbessern alter Sachen behilflich; auch an Wochentagen sah ich sie an unserem Tisch. Ich dachte mich immer, denn auf ihre Bitten bekam ich gewöhnlich nach dem Essen ein paar Kirichen oder ein Stück Schokolade mehr als sonst. Oft ging ich zu Fleischers und spielte mit Konrad. Es war viel freier da oben im vierten Stock. Wenn Konrads Vater von der Grube kam, durften wir weiter spielen, wenn mein Vater kam, mußten wir ruhig alles zusammenpacken und in die Ecke stellen. Frau Fleischer wusch fast alle Tage. Für fremde Leute. Wenn sie nicht wusch, stand sie hinter dem Wärbrett. Sie sah oft zu uns herüber, wenn wir mit meiner Eisenbahn spielten, und nickte uns zu.

Einmal lag Konrad im Bett. Er war oft krank. Frau Fleischer wusch auch an diesem Tage. Ich sehe sie heute noch; wie der schmale Kopf mit dem spitzen Kinn über dem Wärbrett auf und nieder ging. Ihr Haar war dünn, in der Mitte geschleift, die Haut sah aus wie vergilbtes Papier, krass über die Knochen gespannt, die an manchen Stellen im Gesicht scharf herausstraten. Unablässig rieben die Hände auf dem gerippten Wärbrett hin und her. Dann und wann hielt sie inne, bog mit aller Kraft die schmalen Schultern nach hinten und strich mit feuchtem Handrücken immer dieselbe Haarsträhne aus der Stirn. Sie trocknete sich dann die Hände. Ging hinüber an Konrads Bett.

Konrad schlief; ich sah neben ihm und blätterte in einem lustigen Bilderbuch. Der Weder klingelte. Frau Fleischer riß ihn vom Büchertisch, hielt ihn unter ihre Schürze und stellte das Wänterwerk ab. Dann sah sie Konrad lange an. Das Geräusch des Weders hatte ihn unruhig gemacht, seine Hände griffen auf der Bettdecke umher. Wenn der Lehrer fragt, dann sag ihm doch, es geht ihm noch nicht besser. Es ist ... Warte, ich schreibe dir auf, sagte Frau Fleischer und schrieb ein langes Wort auf einen Zettel.

Das gibst du ihm. Aber nur wenn er fragt, sonst bringst du den Zettel wieder mit.

Es war ein Wort, das ich nicht verstand, mit schwacher Bleistiftschrift aufgezeichnet. Als ich es später meiner Mutter zeigte, sagte sie: Ich dachte es mir schon. Der Vater meinte, es sei ja ganz klar, den ganzen Tag in diesem Wänterwerk ... der Junge muß ja ...

Meine Mutter legte plötzlich zwei Finger auf die Lippen und sah zu mir herüber. Der Vater sagte noch: Was denn? Ach so ... Er griff nach seiner Tasse.

Die Dinge verflochten sich in einen anderen Zipfel des Reichs. Andere Menschen kamen; ich lernte sie verstehen, sie und das Land, aus dem sie wuchsen. Aber das Herz blieb wohl in den Tälern der Heimat, wo ewiger Wind im dunklen Haar der Bergwälder flattert. Wo aber auch die Rot durch die engen Gassen geht und heute wie damals bleichen Kindern begegnet.

Beides hält das Herz fest: die Schönheit jener Erde und ihre Schatten, der über das Land kam wie der Fluch einer menschlichen Gottheit. Hungerland, schrieb die Reporter großer Zeitungen, die vom Elend der Bewohner getroffen, zur Feder griffen. Hungerland war und blieb auch Konrads Heimat.

Ein paar Urlaubstage. Ich schritt wieder an geschwärtzten Mauern vorüber, durch dunkle Höfe. Klopfte auch an Konrads Tür. Er war nicht daheim. Seine Mutter wusch — wie damals, wenn Besuch kam — mit der Schürze den niedrigen Schemel ab, auf dem Konrads Vater das Schuhzeug stielte. So schau wir uns gegenüber: die Frau mit den mageren Händen, dem spitzen Gesicht unter noch dünnerem, ergrautem Haar. Sie sah mich mit ihren guten Augen an, die schon die Spiele meiner Kindheit mit Liebe beobachtet hatten. Ich fand hier, hier in dieser Proletenstube, auch für mich den Begriff Mutter wieder, an dem mich die Jahre vorbeiritten. Und es rief der Gedanke: warum umgeben Künstler eine Mutter immer mit Schönheit? Ob sie aus ihren Farben eine junge Gebärerin erstehen lassen oder die feinen Linien der sorgsam gealterten Frau einzeichnen — sie sollten andere Mütter malen; wie diese hier, die mir gegenüber sitzt und die ihrer opfernden Liebe das schlechte Gewand eines vom Leben verzeigten Körpers geben mußte.

Son Konrad sprach sie. Daß er geheiratet. Daß seine Frau krank sei.

Was es wäre?

Wahlsucken und ein tröstlicher Blick durchs Fenster gaben die Antwort, die hier in der Stadt jeder versteht.

Sie ist halt noch schwächer als er. Wenn er von der Grube losläßt, sagt der Doktor, wär's besser.

Sie sprach es vor sich hin. Ungläubig.

Sonntags ist er bei der Straßenbahn. Als Hüßführer. Da

gibt's noch ein paar Pfennige. Aber gerade die freien Stunden würden ihm gut tun. Er mach't's nicht. Es langt halt nicht. Denn der Kleine ist auch schwächlich.

Ob ich ihn sehen will? Den Konrad. Er kommt morgen früh von der Arbeit. Er wird sich freuen. Gerade wir zwei Kinder! Sie hat mich doch auf den Armen getragen, wenn ich schrie. Ob ich das noch weiß? Sie lacht und faltet dabei die Hände rasch zusammen: natürlich könne ich es nicht mehr wissen. Ich wäre ein sehr drolliger Kerl gewesen und Konrad sehr still. Bei Lehrer Petrasch — er ist jetzt tot — hätte sie waschen sollen. Sie hat es nicht getan. Nein. Dann schweigt sie. Ich stehe auf und gehe.

Zwei Jahre später besuche ich Konrad. Er humpelt neben mir. Sein Fuß ist verstümmelt: Pfeilerbruch auf der vierten Sohle.

Der Bierzuch, weißt du, der damals aus Polen kam, in die sechste Klasse, war in derselben Abteilung. Ihm hat's den Brustkorb zerquetscht. Er lag neben mir. War auch erst kurze Zeit verheiratet. Gott sei Dank ohne Kinder.

Strengt dich der Weg nicht an? Ich meine ... mit deinem Fuß.

Konrad lacht leise und humpelt schneller: Mit der Arbeit ist's vorbei, aber fürs Spazierengehen langt's noch.

Ich sehe, wie sein Lächeln fällt. Es dauert nicht lange, und wir

Richard Gerlach:

Bei den Uhus im fränkischen Jura

Der Uhu ist dem Namen nach sehr volkstümlich und bekannt, aber wer hat schon einen in Freiheit gesehen? Niemand kann genau sagen, wieviel Uhus wir noch in Deutschland haben, wahrscheinlich werden es kaum zwei Duzend sein. In der Literatur findet man nur spärliche und veraltete Angaben, wo der Uhu zu finden sei. In Westpreußen, in einigen Nebentälern des Rheins, im Harz, in der Bünaburger Heide, in der Schwäbischen Alb und im fränkischen Jura sind ein paar Gegenden mehr oder weniger genau bezeichnet, und die meisten Berichte sind 50 Jahre alt und älter. Am ausführlichsten schen mir ein Besuch des Pegnitztales, der sogenannten Hersbruder Schweiz, zu sein. Dort waren 1917 noch Uhus beobachtet worden.

Ich fuhr also über Nürnberg nach Ruppertshegen und ging von dort über die Höhe nach dem Dörfchen, das mir nach der Karte am einsamsten inmitten der Klippen erschien: Hartenstein. Bald nahm mich auf, hoher, erister Höhlenmaße, weiße Kreidesseln ragten auf, kein Mensch stundenweit. Hier konnte der Uhu noch leben, es war möglich. Ich fragte die Bauern in Hartenstein, ob sie den Uhu kannten. Sie wußten nichts von ihm, schließlich fand ich aber doch eine alte Frau, die sagte: „Er ist so groß wie eine Gans, ja freilich.“ „Ist er noch hier? Er muß doch in den Nädern schreien?“ Aber ich erfuhr nichts weiter. Auf der Karte ist die St. Gotthardskapelle als Ruine angedeutet. Dort sollte die Stelle sein. Es war auf halbem Wege nach dem Städtchen Weiden unten im Pegnitztal. Dort also nahm ich Quartier. Die Bauern hier wußten noch weniger vom Uhu. Früher einmal hätte es vielleicht welche gegeben, deren Nester dann ausgenommen wurden. Aber heute? Ich sagte nicht mehr, um niemanden unnötig auf die seltenen Vögel aufmerksam zu machen, falls es sie vielleicht doch noch gab.

In den folgenden Tagen streifte ich fast ununterbrochen in den Wäldern umher, besonders bei der Gotthardskapelle, einem hohen Felsen, der Wald war wunderbar, oft urwaldhaft, ohne Nadelbäume, aber den Uhu hörte ich nicht und sah ich nicht. Nachdem ich vier Tage vergeblich hatte, fuhr ich zum Forsthaus. Ich hatte den Ehrgeiz gehabt, den Uhu vielleicht allein zu finden, aber schließlich mußte ich die Reise auch nicht umsonst gemacht haben. Ja, die Uhus gab es noch, im vorigen Jahr waren sie noch gesehen worden. Die Stelle war allerdings nicht leicht zu finden, anderthalb Stunden vom Forsthaus, zwei Stunden von Weiden entfernt. Wenn es mir recht wäre, sollte der Sohn, ein Student der Forstwissenschaft, mich am nächsten Abend führen.

Wir gelangten in eine grohartige Schlucht, die Felsen stiegen senkrecht an und waren unangeseit überhaupt nicht zu erklettern. Dort oben hatte der Uhu im vorigen Jahr gehorcht. Die Dämmerung brach herein, feierlich lag um uns der Wald, aber kein Eulenschrei wurde laut, so lange wir auch lauschten. Wir verabredeten für den nächsten Vormittag eine Erstbegehung des Felsens, damit ich die Horststelle genau zu sehen bekomme. Unterwegs begegnete uns der alte Oberforstwart. Ich sagte, daß ich schon fünf Abende hier herumgelauscht hatte, ohne etwas vom Uhu zu hören. „Da können Sie ein halbes Jahr umsonst warten.“ „Gibt es denn keine Uhus mehr?“ „Doch, sicher, aber sie rufen eher, am Nachmittag, und auch nicht in den Felsen, sondern auf Bäumen, im Wald.“ War das Jägersteien? Der Uhu war ein Nachtvogel, er mußte doch auch wohl in der Dämmerung rufen?

Die zwei Stunden Heimweg vom Abend saßen mir noch in den Waden, doch in aller Frühe am nächsten Morgen legte ich den Weg abermals zurück. Ich hatte meine genagelten Stiefel angezogen, aber ich sah gleich, daß ich meinem Führer nur schwer würde folgen können; er war klein, ein geborener Kletterer, leicht und geschmeidig, in diesen Klippen aufgewachsen. Ich wog wahrscheinlich achtzig Pfund mehr als er. Wir gelangten auf die Höhe des Felsens. Tief unter uns schwankten die Bispel. Weilenweit dehnte sich Wald, Wald, Wald, Wald. In den Spigen der Fichten stedten die braunen Kienäpfel wie Kerzen. Der Ausblick von dieser Uhuwand war wie der von einer Zwingsburg. Diese Mauer beherrschte das Land bis weit zu den Wiesen und Aedern. Abschmecken mußte der Vogel seine Nacht über all das Kreuzende da unten fühlen.

Wir neigten uns über einen Spalt, wo die Uhus im vorigen Jahr gefressen hatten. Damals hatten sie meinen Führer angeziffelt. Wenn ihr Horst hier wirklich gewesen war, mußten doch Gemölle und Knochen noch zu finden sein? Wir fanden eine Krähenfeder, Krähen sind die Hauptnahrung der Uhus. Und während ich oben Umschau hielt, turnte mein Führer in den halbrocherischen Felsen herum, daß mir ganz schwindlig wurde. Ich war äußerst gespannt, jeden Augenblick konnte ein Uhu abstreichen. Der Student kam endlich zurück und hatte die Taschen voll Tropfen. Wie sie jetzt vor mir liegen, erkenne ich: Laubensfedern, die zerrissen und ausgeflüßt sind; einen Oberschenkelknochen von einem jungen Hasen; die Schädel von Hamstern und Drosseln, den Rückenwirbel von einem jungen Reh, allerlei Knöchelchen von Mäusen, Ratten, Vögeln, wustförmige Haarkumpen, die nach der Wählzeit ausgebrochen sind. Daran, daß die Uhus im vorigen Jahr hier gewesen waren, konnte ich nicht mehr zweifeln. Aber wir sahen auch diesmal keinen.

Nachdem ich jetzt sicher war, daß die Vögel noch in der Gegend zu finden sein mußten, war es für mich ausgemacht, nicht eher fortzugehen, bis ich sie eingehend beobachtet hatte. Es dauerte wieder ein paar Tage, ich war schon am frühen Nachmittag unterwegs,

müssen uns doch sehen. Am Waldrand oben, ehe der eigentliche Berg beginnt. Draußen liegt die Stadt. Ein schlanker Kirchturm steht einsam über finsternen Dächern.

Na, es geht doch noch ganz gut, Konrad?

Er sieht vor sich hin, schüttelt den Kopf. Dann greift er nach meiner Hand, krallt sich fest:

Alles, alles nehmen sie einem! schreit er, klopft er aus sich heraus; wie ein schwerer Stein fällt die Anklage ins Tal, gegen die schwarze Stadt, gegen die drohenden Gebirge, vor der Bergkette, auf die rote Ratssofenglut zwischen den großen Klüften blinder Höhlen.

Sonntags habe ich damals noch arbeiten können. Auch das ist weg. Du kannst nicht einen Tag lang mit dem Klumpen da auf der Elektrischen stehen, beim besten Willen nicht! Res! Sie erlauben's ja auch nicht. Invalidegeld gibt's. Du meine Güte! Dred ist das! — Der Junge ist krank, das Weib kaputt ... ich selber ... ich ... das verfluchte Bein ...

Er schlägt sich mit der Faust auf den Stummel. Er schweigt. Lange.

Konrad schluck. Er lacht in sich zusammen. Ich sehe starr auf den Bergfegeln vor mir. Der große Konrad weint. Ich lasse ihn in Ruhe.

Wir sind wieder Kameraden. Wie damals, als wir Indianer spielten und er auf meinen Schultern ritt. Weil er der Schwächere war, wurde das vom Häuptling so bestimmt.

Heute kann ich ihn nicht auf meine Schultern nehmen. Er ist ja so groß. Der Konrad, — der da vor unseren schönen Bergen sitzt und das Leben verflucht.

aber noch eine halbe Stunde entfernt von dem vorjährigen Horstplatz; da erscholl dicht über mir ein durchdringendes „Uhu“. Der Ruf ist zweifelslos, aber das erste U ist dunkel betont und sein Klang geht durch Mart und Bein. Der Ruf kam aus einem Baum, und es war noch früh, der Oberforstwart hatte also doch recht gehabt. Wieder und wieder sand der Ruf auch mich herab. Langsam purzelte ich mich an die alte Föhre heran. Aber dann blieb es eine Weile stumm, und plötzlich kam der Ruf aus einer anderen Richtung, der Uhu hatte den Platz gewechselt, ohne daß ich ihn bemerkt hätte, so leise war er davongeglichen. Nach einigen vergeblichen Versuchen bekam ich ihn dann zu sehen. Er rief und streckte den Hals dabei vor wie zum Abflug. Dann richtete er sich steil auf und drehte den Kopf, daß sein Gesicht genau im Rücken stand. Langsam drehte er den Kopf wieder mir zu. Sein großes Auge funkelte mir entgegen. Ich sah die schwarzen Büschel darüber schräg emporstehen. Weich und weit hing das Gefieder über den Zweig, die Dolchstrahlen der Frühe waren verborgen. Der Wind bewegte leise das aufgeplusterte Flaumgefieder. Plötzlich riß er den Kopf herum und schaukelte erhoht auf und ab. Ich warf er sich nach vorn und strich wie ein Hauch ab. In acht Tagen glückte es mir zweimal den Uhu zu treffen, roch entglitt er auf lautlosen Füßeln. Noch ruht er im fränkischen Jura, aber wie lange, und auch hier wird er nur noch eine Sage sein ...

Gelehrte auf dem Lande

Eine südrussische Volkserzählung

Einmal kamen zwei gelehrte Ausländer, ein Arzt und ein Astronom, in ihren Geschäften nach Rußland und wurden von der angebrochenen Nacht auf dem Lande überfallen. Sie mußten also bei einem Bauer einkehren.

Der Arzt beobachtete, wie die Bauersfrau einen Brei umrührte, er staunte und dachte: „Das wird wohl für die Schweine sein!“

„Über nein! Die Bauersleute essen den Brei selbst bis zum letzten Rest und schlucken noch die Pössel ab.“

„Gehen wir rasch in den Hof!“ sagte der Arzt zum Astronom. „Merke dir: So viele sie dort in der Stube sind, alle werden noch heute nacht sterben.“

Der Arzt und der Astronom gingen in den Hof und legten sich dort auf Stroch unter freiem Himmel.

Vor dem Schlafengehen trat der Bauer aus der Stube und sagte zu den Fremden: „Vielleicht übernachteten Sie doch lieber in der Stube. Es wird in der Nacht einen Regen geben.“

„Nein, wir bleiben hier! Es wird auch keinen Regen geben: Dieser und jener Stern deuten auf klaren Wetter.“

Der Bauer ging in die Stube zurück, riegelte die Tür ab und verlockte sich mit den Seinen auf den Ofen.

In der Nacht begann es heftig zu regnen, die Fremden drehten sich im Hofe herum, suchten ein Versteck, klopfen schließlich an die Tür und an die Fenster. Aber die Bauersleute drinnen hatten einen festen Schlaf, sie hörten nicht das Klopfen, — oder hatten sie sich verstellt, wer kann das sagen.

„Niemand öffnet“, sagte der Arzt. „Nicht anders, sie sind schon alle tot!“ — Früh am Morgen trat der Bauer auf den Hof und fragte die Fremden:

„Wie haben Sie die Nacht verbracht? Sind Sie nicht naß geworden?“

„Wir sind bis auf die Haut naß geworden“, gestand der Astronom. „Aber wollen Sie uns aufklären, woher wußten Sie, daß es einen Regen geben wird?“

„Ich habe ein Schwein da, das sich immer zwei Stunden vor einem Regen zusammenkauert“, antwortete der Bauer.

„Wollen Sie uns noch sagen“, fragte der Arzt, „essen Sie täglich so einen Brei wie gestern?“

„Täglich“, antwortete der Bauer.

„Und haben Sie keine Schmerzen?“ fragte weiter der Arzt. „Doch, wir haben manchmal Bauchschmerzen“, meinte gelassen der Bauer. „Aber wir legen uns mit dem Bauch auf den Ofen, und die heißen Ziegelsteine durchwärmen die Gedärme, bis alles vorübergeht.“

Da sagte der Arzt zum Astronomen:

„Fahren wir in unser Land zurück! Was haben wir hier noch zu suchen, wenn hier jeder Ofen ein Arzt und jedes Schwein ein Astronom ist!“ Und sie reisten schleunigst ab.

Die nördlichste Stadt der Erde ist Longnearity auf West-Spitzbergen. Sie liegt 78 Grad und 13 Minuten nördlich, also noch 12 Grad vom Nordpol entfernt, und ist bekannt wegen ihrer Kohlengruben.

Der Zug zwischen London und Leeds ist mit Radioanlage ausgestattet worden. Jeder Passagier kann gegen Erlegung eines Schillingen einen Kopfhörer entleihen und das Radioprogramm hören.

Der lange Hals der Giraffe hat genau so viel Halswirbel wie der der kurzhalbigen Maus, was überhaupt aller Säugetiere, nämlich sieben.

Neuer Zivilprozeß.

Entwurf des Reichsjustizministeriums.

Der Entwurf einer neuen Zivilprozeßordnung ist soeben veröffentlicht worden. Wie wir dem umfangreichen Bericht entnehmen, trägt der Entwurf neuer Bestrebungen der juristischen Fachwelt in verschiedener Hinsicht Rechnung, so z. B., indem er die Passivität des Zivilrichters aufheben und ihn zur Mitarbeit mit den Prozeßparteien, nicht zu ihrer Bevormundung, bringen will.

Der Anfang zu dieser Reform ist bereits durch die Novelle von 1924 gemacht worden. Das Güterverfahren soll nicht mehr nur ein Vorverfahren, sondern ein Teil des Hauptverfahrens sein, etwa nach dem Vorbild des arbeitsgerichtlichen Verfahrens sein. Der Entwurf will auch Wiederholungen durch Vorbringen der gleichen Gründe in der Berufungsinstanz ausschalten. Die Berufung soll, sofern sie nicht neue Tatsachen beibringen vermag, sofort angehen, aus welchen Gründen das Urteil angefochten wird. Auf diese Weise will man rein formale Berufungsbegründungen beseitigen. Die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme vor dem Kollegialgericht wird erweitert, die mündliche Zeugenvernehmung soll die Regel werden, auch vor dem Einzelrichter. Dieser aber soll Vorbringungen nicht annehmen, deren richtige Würdigung die Anwesenheit der Zeugen und ihre mündliche Vernehmung erfordert. Man hofft, die hierdurch anfänglich entstehende Mehrarbeit der Gerichte durch bessere Ermittlung der Wahrheit und dadurch erzielte Ersparung wiederholter Vernehmungen aufgewogen zu sehen. Durch weitere Vorschriften, daß das Beweismaterial vorher schriftlich bezeichnet werden muß, sollen viele Verlegungen vermieden werden. Entsprechend dem oft gedrückten Verlangen der Juristen und auch des Reichstages wird der Zwang des Richters zur Vereidigung der Zeugen stark gemildert.

Das Ehrengerichtverfahren erfährt verschiedene Änderungen nach dem Gutachten des Salzburger Juristentages, jedoch werden verschiedene Fragen der weiteren Diskussion überlassen. Mißbräuchen von Schiedsgerichten gegen den wirtschaftlich Schwächeren, ebenso Beschränkungen zum Nachteil einer Partei, so durch nicht-paritätische Besetzung des Schiedsgerichts werden beseitigt, ebenso die Ausschließung der Anwaltschaft aus Miet- und Wohnstreitigkeiten.

Da sich neun Zehntel aller Zivilprozesse vor dem Amtsgericht abspielen, wird auf die vollständige Durchbildung dieses Verfahrens besonderer Wert gelegt.

Die meisten grundsätzlichen Änderungen bringen die Vorschriften über die Zwangsvollstreckung. Dieses Verfahren hat sich als ganz unzureichend erwiesen. Die Rückkehr zum freiwilligen Gerichtsvolk kommt nicht in Frage, die durchaus zutreffenden Gründe dagegen hat das Preussische Justizministerium schon 1909 zusammengefaßt. Der Entwurf will nicht mehr alles im Zwangsvollstreckungsverfahren dem Gläubiger überlassen; er braucht daher auch den Schuldner nicht so viele Rechtsgarantien zu geben, daß dadurch die ganze Zwangsvollstreckung fruchtlos gemacht werden kann. Die Vollstreckungsbehörden sollen vereinfacht, Schiebungen durch Gehaltsabtretung und dergleichen mehr direkt fahbar gemacht und dadurch verhindert werden. Dem gutwilligen Schuldner aber soll durch gerichtliche Förderung von Ausgleichsverfahren geholfen werden.

Polnischer Vorschlag in Moskau.

Kühle Gesite der Kreml-Diplomatie.

So sehr die polnische Öffentlichkeit auch parteimäßig zerklüftet ist — gemeinsam ist ihr doch die Sorge um die staatliche Zukunft Polens. Die Einbeziehung und Unterdrückung starker nichtpolnischer Volksteile und Gebiete muß ja diese Unruhe steigern, zumal der größte Teil dieser Fremdvölker im Osten Polens lebt und jenseits der Sowjetgrenze das gleiche Volk als eigene Sowjetrepublik im Besitz seiner ungestörten Nationalkultur wähnt. Von jeher hat Polen den stärksten Feind seiner Selbstständigkeit in Rußland gesehen. Das bolschewistische Regime hat nach besseren Anfängen auf diesem Gebiete seit vielen Jahren nichts getan, um eine grundsätzliche Verschiedenheit gegen den zarischen Imperialismus erkennbar zu machen.

Trotz aller Konferenzen und Schiedsverträge rechnen sehr viele, nicht nur in Polen, mit der Möglichkeit eines neuen, noch fürchterlicheren Krieges. Für einen solchen Fall aber besteht in Polen eine tiefe Angst davor, zerrieben zu werden. Die Hoffnung auf französische Hilfe, der ja 1920 die Rettung Polens vor dem russischen Gegenangriff nach der Offensivemilitarismus mit zu verdanken war, ist stark erschüttert worden, besonders auch durch die Pariser Verhandlungen über einen französisch-russischen Nichtangriffsvertrag. Auch die Weltwirtschaftskrise mag die Augen noch mehr als sonst nach Osten gerichtet haben. Die polnische Regierung hat einen Nichtangriffsvertrag in Moskau vorgeschlagen. Die Einzelheiten dieses Vorschlages sind noch nicht bekannt. 1926 hatte Polen einen ähnlichen Vorschlag gemacht, darin aber die Einbeziehung Rumäniens gefordert. Da Rußland die Annexion Bessarabiens durch Rumänien wohl niemals anerkennen wird, scheiterte der damalige Vorschlag schon an diesem Umstand. In Moskau fühlt man sich auch jetzt, gerade durch die Wiederanknüpfung diplomatischer Verhandlungen mit Frankreich, ziemlich stark, und man erklärt recht offen, daß über den polnischen Vorschlag noch nicht verhandelt werde, und daß ihm vorläufig keine größere Bedeutung zukomme.

Der polnische Gesandte in Moskau, Batek, ist zur Zeit in Warschau. Außenminister Litwinoff wird am heutigen Mittwoch den deutschen Botschafter über das polnische Angebot unterrichten, das soll auch gegenüber der Türkei geschehen, mit der Rußland in ähnlichem Vertragsverhältnis steht wie mit Deutschland — aber auch Polen unterhält zur Türkei freundschaftliche Beziehungen.

Eine amtliche Pariser Erklärung scheint allerdings die Moskauer Diplomaten etwas weniger abweisend machen zu sollen. Da wird nämlich betont, daß im Oktober 1930 Rußland seinem westlichen Nachbar (den es immer als Vorkämpfer der „Antisowjetfront“ bezeichnete) einen Dauerfriedenspakt vorgeschlagen und erst daraufhin Frankreich sich zu ebensolchen, von Rußland erzielten Verhandlungen bereit erklärt hat, wobei es seine Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund sozusagen als Grenzmarke aufgerichtet hat.

Von Schildwache erschossen. Der Obermechaniker auf dem im Leningrader Hafen liegenden Dampfer „Kingswood“ wurde von einer Schildwache vor dem Leningrader Militärmagazin erschossen. Nach amtlicher Mitteilung war er in das Gebiet des Leningrader Militärmagazins eingedrungen, auf Anruf und Schreie des Bewachtes reagierte er nicht, sondern versuchte den Lauf des Gewehres zu packen. Es gelang dem Wachen nicht, sich des Eindringlings anders zu erwehren, als durch einen Schuß, der auf der Stelle den Tod Stevensons herbeiführte.

Das Haberfeldtreiben von Tuntenhäusen.



Held: Fest steht und treu die Wacht, die Wacht am — Main!

Wirtschaftskrise und Defizit.

Ursachen und Hintergründe der britischen Regierungskrise.

Die englische Kabinettskrise wurzelt in finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die selbstverständlich die sozialen Spannungen vergrößern mußten.

In den Frühjahrsmonaten 1931 erfuhr die englische Arbeitslosigkeit einen vorübergehenden Stillstand. Aber schon bald darauf trat eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ein. Das erklärt sich durch den rückläufigen Export nach den überseeischen Gebieten, wo sich die gestiegenen Rohstoffpreise auswirkten, aber auch durch die Zuspitzung der Krise in Europa, besonders in Deutschland. Der englische Export ging im ersten Halbjahr 1931 gegenüber dem schon tiefen Stand des ersten Halbjahres 1930

um mehr als 2 Milliarden Mark zurück.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg bis auf 2,7 Millionen an. Sie liegt gegenwärtig um 700.000 höher als im Vorjahr. Etwa 23 Proz. aller versicherten Arbeitnehmer sind zur Zeit arbeitslos. Der Produktions- und Ausfuhrückgang und die wachsende Arbeitslosigkeit mußten naturgemäß auch die sorgfältigsten Budgetansätze über den Haufen werfen. Die Deckung des durch Steuerausfälle und zunehmende Zuschüsse für die Arbeitslosenversicherung entstandenen Defizits wurde um so dringlicher, als auch die

englische Bankwelt mit in den Strudel der internationalen Kreditkrise hineingezogen

wurde. Die englischen Banken arbeiten noch in weit höherem Umfang als die deutschen mit kurzfristigen ausländischen, insbesondere französischen Krediten. Die gesamten kurzfristigen Auslandskredite der englischen Banken werden auf 11,2 Milliarden Mark beziffert. Die Bankkrise in Deutschland und anderen mittel-europäischen Ländern, erhebliche Einbußen bei den Zinseingängen aus den überseeischen Kapitalanlagen, ferner eine gewisse Kapitalfluchtbewegung, die sich in England mit ihrem hohen inländischen Steuerdruck auch neuerdings geltend macht, und Kreditabzügen hatten die Lage der englischen Notenbank so verschärft, daß Anfang August bereits ein Rediskontokredit von einer Milliarde Mark bei der amerikanischen und französischen Notenbank in Anspruch genommen werden mußte. Aber auch mit diesem Kredit konnte ein Fortgang der Abflüsse nicht verhindert und eine volle Stabilität des Pfanddurses nicht erreicht werden.

In dieser gefährlichen Wirtschafts- und Finanzsituation ist naturgemäß durch die Bankwelt und die englischen Unternehmer auf die Regierung der stärkste Druck ausgeübt worden, sofort einschneidende Sanierungsmassnahmen zu treffen. Man kann sich in der Tat der Meinung nicht verschließen, daß angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage Englands solche einschneidende Maßnahmen erforderlich waren. Um die Art und die soziale Verteilung dieser Sanierungsmassnahmen ist der Konflikt ausgebrochen.

Das englische Staatsdefizit.

Das nach den Schätzungen der zur Prüfung eingesetzten Ray-Kommission auf fast 2½ Milliarden Mark beziffert wurde, ist in erster Linie auf den Fehlbetrag des Arbeitslosenfonds zurückzuführen. Die englische Arbeitslosenversicherung unterscheidet sich grundlegend in ihrer Konstruktion und in ihrer Beitragsaufbringung und Leistung von der deutschen. Die normalen Beiträge betragen etwa 1,90 Mark pro Woche für den erwachsenen Arbeiter und verteilen sich zu etwa je ¼ auf Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat. Dieser geringe seit 1924 unverändert gebliebene Beitragsatz von nur etwa 3½ Proz. des Lohnes (einschließlich des Staatszuschusses) reicht naturgemäß für die Unterhaltungen des Millionenheeres der Arbeitslosen bei weitem nicht aus. Insgesamt mußten daher Darlehen für den Arbeitslosenfonds in Höhe von mehr als 2½ Milliarden Mark bewilligt werden. Gegenwärtig rechnet man, daß das Schahamt allwöchentlich etwa 20 Millionen außerordentliche Zuschüsse gewähren muß.

Wie die Beitragsätze so sind auch die Unterhaltungsätze der englischen Arbeitslosenversicherung als feste, von der Lohnhöhe unabhängige Beträge festgesetzt. Sie betragen für den ledigen Arbeiter 17 Mark pro Woche, für einen Arbeiter mit Frau und zwei Kindern 30 Mark pro Woche. Die Unterhaltungsdauer ist zur Zeit unbegrenzt, so daß, im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen, nur ein sehr geringer Teil der Arbeitslosen der kommunalen Wohlfahrtsunterstützung zur Last fällt. Die von der Regierung eingesetzte Arbeitslosenkommission hatte eine relativ geringe Erhöhung der Beitragsätze, dagegen aber eine empfindliche, etwa 10prozentige

Kürzung der Unterhaltungsätze vorgeschlagen, wogegen die Gewerkschaften scharf protestierten. Der Ray-Ausschuß sah ferner mehrere andere Verschlechterungen in der Arbeitslosenunterstützung vor. Auch sie wurden von den englischen Gewerkschaften abgelehnt. Die gewerkschaftlichen Organisationen machten aber zugleich Gegenvorschläge zur Deckung des Defizits. Sie empfehlen u. a. die

Einführung einer Kapitalertragsteuer und Sonderzuschläge zur Einkommensteuer.

Auch der Einführung eines generellen Finanzzolles steht man innerhalb der englischen Gewerkschaften heute weniger ablehnend als früher gegenüber. Nicht zuletzt ist die ablehnende Haltung der englischen Gewerkschaften von der von dem englischen Unternehmertum geplanten Lohnabbauoffensive bestimmt worden.

Es finden sich also auffällige Parallelen zwischen Deutschland und England, in den Kettenauswirkungen auf die Staatsfinanzen, die Sozialpolitik, die sozialen Kämpfe und ähnliche Seiten, die die kapitalistische Weltkrise herausbeschworen hat. In Deutschland ist die organisierte Arbeiterkraft in ihrem Abwehrkampf gegen die sozialen Verschlechterungen nicht nur dem brutalen Klassenkampf der Unternehmer ausgefeilt. Sie ist zugleich von der Gefahr des Faschismus beeinträchtigt. Da diese Gefahren und Beeinträchtigungen der Arbeiterkraft in England nicht gegeben sind, das englische Volk und alle Parteien auf dem Boden der Demokratie stehen und auch die politischen und sozialen Kämpfe nicht mit blindem Haß und Vernichtungswillen geführt werden, bleibt die englische Arbeiterkraft trotz der Krisennot in ihren Entschlüssen freier und beweglicher als es zur Zeit bei der deutschen Arbeiterkraft der Fall ist.

Der Waffentransport nach China.

Eine deutsche Regierungserklärung.

Zu dem Kantoner Beschluß auf Boykottierung deutscher Waren und dem Waffentransport der Hamburger Reederei Rickmers, der die Veranlassung dazu gegeben hat, äußert sich das Auswärtige Amt dahin, daß die Reichsregierung derartigen Unternehmungen deutscher Firmen keinerlei Schutz zuteil werden lassen kann. Allerdings besteht keine gesetzliche Möglichkeit, gegen die Durchfuhr im Ausland hergestellten Kriegsmaterials durch Deutschland und seine Weiterleitung ins Ausland vorzugehen. Ein Gesetz gegen solche Waffensendungen nach China wurde 1928 vom Reichstag beschloffen, war aber beseitigt, ist am 1. Mai 1929 abgelaufen und nicht erneuert worden. Die Verhältnisse in China schienen um diese Zeit vollkommen konsolidiert zu sein, ganz China stand anscheinend unter der Schanghai-Regierung, und auch andere europäische Regierungen haben die Ausführerboote von Waffen nach China nicht aufrechterhalten. Das Auswärtige Amt erklärt als einzige Möglichkeit, den deutschen Handel vor derartig nachteiligen Folgen zu bewahren, daß die deutschen Firmen und Reedereien sich untereinander verpflichten, derartigen Waffensendungen unter allen Umständen zu unterlassen. Aber weder die deutsche Regierung noch andere deutsche Firmen als die betreffende Reederei können für derartig schädliche Unternehmungen verantwortlich gemacht werden.

Wie die Beschlagnahme erfolgt ist.

Hamburg, 25. August.

Die Rickmers-Linie erklärt, der Dampfer sei nicht beschlagnahmt worden, es sei auch durchaus noch nicht geklärt, ob die Kanting-Regierung die Beschlagnahme endgültig beschlagnahmt habe. Die Waffen, bei denen es sich um Transitgut handelte, sollten laut Auftrag in Hongkong gelöscht werden. Davon habe die Kanting-Regierung, die ja die von Deutschland amtlich anerkannte Zentralregierung sei, Kenntnis erhalten. Sie habe daraufhin der Rickmers-Linie angeboten, daß sie annehmen müsse, die Reederei konspire mit den Kantingrebellen, wenn die Waffensendungen nicht sofort an die Kanting-Regierung abgeliefert und in Shanghai gelöscht würde. Dies habe die Reederei sofort dem Auswärtigen Amt in Berlin unterbreitet und dieses habe erklärt, daß nichts anderes übrig bleibe, als der Anordnung der Kanting-Regierung Folge zu leisten und die Waffen in Shanghai auszuliefern. So sei es dazu gekommen.

Verbrecherheke geht weiter.

Wie die KPD. die Gemeindearbeiter zu mißbrauchen versucht.

Es ist gewiß kein Vergnügen, sich mit der kommunistischen Presse und den verbrecherischen Lügenparolen der KPD. zu befassen. Der Klärungs- und Reinigungsprozeß in der deutschen Arbeiterbewegung, der mit dem Volkseinsatz eingeleitet hat, muß jedoch zu Ende geführt werden.

Es ist deshalb notwendig, immer wieder aufzuzeigen, in welcher verlogenen Weise die KPD. die Arbeiterschaft unterrichtet, um sie zu ihren verbrecherischen Zwecken mißbrauchen zu können. Wir haben gestern bereits aufgezeigt, wie die kommunistische Presse während der Verhandlungen um die Gemeindearbeiterlöhne den Unterhändlern der Gemeindearbeiter fortgesetzt in den Rücken fiel und sie in infamer Weise zu verleumden und in den Schmutz zu zerren versuchte. Nun das Ergebnis vorliegt und die Hoffnungen der industriellen Scharfmacher und ihrer Helfershelfer in der KPD. sich nicht erfüllt haben, versucht die kommunistische Presse ihre eigenen Lügen noch zu übersteigern. Allen voran steht natürlich

„Die Welt am Abend“, dieses dümmste und niedrigste Blatt von Berlin.

Obwohl das kommunistische Abendblatt selbst berichtet hat, daß die Lohnkürzung bei den Gemeindearbeitern auf Grund der Vereinbarung 4 Proz. plus die Frauenzulage beträgt, veröffentlicht es gestern einen langen Artikel voll phantastischer Zahlen. So wird behauptet, daß der Lohn der ungelerten Arbeiter der Gruppe I um 16,96 Mark oder 33 1/2 Proz. gekürzt worden sei, der Lohn der angelernten in Gruppe II um 15,68 Mark und der Lohn der Handwerker um 17 Pf. die Stunde. Aber selbst wenn man, wie es das kommunistische Abendblatt scheinbar tut, auf der einen Seite die Löhne vor der Kürzung mit 48 Stunden einsetzt, auf der anderen Seite nach der Kürzung mit 40 Stunden, und wenn man außerdem noch vorweg nimmt einen Lohnabbau, der auf Grund der Rotverordnung nach dem 1. November vorgenommen werden könnte, aber nichts weniger als wahrscheinlich ist, auch dann ist man noch sehr weit entfernt von den phantastischen Zahlen, die die „Welt am Abend“ ihren Lesern vorzulesen mag. Wachen wir einmal die Rechnung genau auf:

Der Lohn des ungelerten Arbeiters beträgt in Berlin 101 Pf. und steigt bis auf 107 Pf. Er hat sich nach der Vereinbarung im Frühjahr nicht geändert.

Berlingert wurde nur die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden.

Jetzt wird der Lohn verringert um 4 Pf. die Stunde. Bei Verheirateten fällt auch die Frauenzulage fort. Das macht also bei dem Ungelernten in Gruppe I eine Lohnkürzung von 1,76 M. die Woche, wozu bei Verheirateten noch 1,32 M. für die Frauenzulage kommt. Das macht zusammen im Höchstfall also 3,08 M. die Woche, und nicht 16,96 M. Selbst wenn man eine Arbeitszeit von 40 Stunden — die nicht existiert — in Rechnung stellt und, wie es die kommunistische Presse macht, einen weiteren Lohnabbau von 3 Pf. die Stunde und den Wegfall einer Kinderzulage hinzurechnet, so kommt noch nicht die Hälfte der Summe heraus, die in dem kommunistischen Blatt behauptet wird. Genau so verhält es sich mit den Löhnen der Angelernten und der Gelehrten. Ganz lächerlich sind die Angaben über die angebliche Kürzung der Frauenlöhne. Es wird da von einer Kürzung von 13,76 M. in Gruppe I, von 15,28 M. in Gruppe II und von 16,80 M. in

Gruppe III gesprochen. In Wirklichkeit hätte das kommunistische Blatt noch viel radikaler vorgehen und

die Löhne der Frauen dieser drei Gruppen vollständig streichen können.

denn es gibt keine Frauengruppen I, II und III. Die Frauen sind in Berlin eingruppiert in Gruppe VII, VIII und IX und beziehen Stundenlöhne von 77 bis 95 Pf. Diese Stundenlöhne werden gekürzt von 3 bis höchstens 4 Pf. oder um 1,32 bis 1,76 M. die Woche und nicht um 13,76 bis 16,80 M.

Es ist wohl überflüssig, auch die übrigen Phantasiezahlen des kommunistischen Blattes in ihrer schwindelhaften Aufmachung aufzuzeigen. Wozu aber dieser Schwindel? — Die Gemeindearbeiter sollen durch Verbreitung derartig niederträchtiger Lügen in einen „revolutionären“ Kampf getrieben werden und die übrige Arbeiterschaft soll aufgestachelt werden gegen die „Gewerkschaftsbürokratie“, die einen derartigen Lohnabbau vereinbart. Denn auch in der „Roten Fahne“ wird zunächst wohl gesagt, der Lohn der Gemeindearbeiter werde um 4 bis 7 Proz. gekürzt, einige Zeilen weiter jedoch wird behauptet, der Gesamtabbau bei den Löhnen auf Grund der Rotverordnung betrage 33 1/2 Proz.

Es ist bezeichnend für die kommunistische Presse, daß sie die völlig falsche Behauptung aufstellt, die Rotverordnung schreibe ab 1. November zwingend einen weiteren Lohnabbau und den Abbau einer Kinderzulage vor. In Wirklichkeit wird damit

der gesamten Reaktion auf dem Präsentierteller von dieser angeblichen Arbeiterpartei ein Lohnabbau angeboten,

der in der Rotverordnung keineswegs zwingend vorgeschrieben ist. Nur für den Fall, daß ein Tarifvertrag nicht zustande kommt, sei es auf Grund einer Vereinbarung, sei es auf Grund eines Schiedsspruches, nur für diesen Fall sieht die Rotverordnung ab 1. November einen Abbau der Löhne der Reichsarbeiter von 1 bis 4 Pf. vor und den Fortfall einer Kinderzulage.

Wir sind der Meinung, daß die Reichsregierung ihr Versprechen einlösen und die Rotverordnung bis zum 1. November in diesen und in anderen Punkten ändern muß. Wir sind auch der Überzeugung, daß die Gemeindearbeiter und die Reichsarbeiter sich einen weiteren Lohnabbau nicht gefallen lassen werden. Mit aller Kraft muß jetzt darauf hingewirkt werden, daß mit dem Lohnabbau unten endgültig Schluss gemacht wird. Es ist

der Gipfel des Verrats an den Interessen der Arbeiterschaft,

statt diesen Kampf zu unterstützen, den Lohnabbau als eine Selbstverständlichkeit hinzustellen. Es gehört zu den verbrecherischen Methoden der KPD., daß dieser Schwindel eingerahmt wird mit persönlichen Verleumdungen niedrigster Art. Obwohl wir wiederholt darauf hingewiesen haben, daß Genosse Dr. Mann weder der Verhandlungskommission des Gesamtverbandes noch der des Reichsarbeiterverbandes angehört hat, wiederholt die „Rote Fahne“ diese Lüge. Sie „ergänzt“ diese Lüge durch einige weitere, u. a. durch die Behauptung, daß unser Genosse Czeminaki Mitglied des Reichsarbeiterverbandes sei.

So nimmt die persönliche Verleumdung und Verhöhnung ihren Fortgang. Wie lange mögen es die Arbeiter noch dulden, daß sie mit so niederträchtigen Lügen traktiert und daß ihre Vertrauensleute in so gemeiner Weise verleumdet werden!

in den Reihen der freierorganisierten Lithographen und Steindrucker kein Raum ist.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind naturgemäß an der Organisation nicht spurlos vorübergegangen. Dem Verbandstag fiel daher die Aufgabe zu, Satzungsänderungen vorzunehmen. Die notwendigen Beschlüsse wurden in voller Einmütigkeit gefaßt — ein Zeichen, daß der Kollegenschaft der Verband in erster Linie eine Kampforganisation ist und für sie der Unterstützungsgedanke nur sekundäre Bedeutung hat. Die finanzielle Schwächung des Verbandes, die durch die Krise und die Sonderaktion für die ausgefallenen Kollegen im vorigen Jahre eintrat, soll durch die Erfurter Beschlüsse ausgeglichen werden. Die Geschlossenheit, die bei der Abstimmung auch in dieser Frage zutage trat, ist der beste Beweis für die Disziplin und das Solidaritätsempfinden der Mitglieder.

Bei der Erörterung der Tarifprobleme wurde vom Verbandstag mit aller Deutlichkeit herausgestellt, daß die Lohnpolitik der deutschen Unternehmer die Krise nicht erleichtert hat. Der Verbandstag war sich einig in der Auffassung, daß mit dem Lohnabbau zum Zweck der Krisenbekämpfung nun wirklich Schluss gemacht werden muß.

Auch im Gewerbe der Lithographen und Steindrucker blieb die Technik nicht stehen. In der Chemigraphie wie auch im Flachdruck sind wichtige Neuerungen eingetreten, und neuerdings sind Anzeichen einer Entwicklung sichtbar geworden, die sich arbeitsmarktpolitisch ungünstig auswirken dürften. Wie Herbst in seinem Referat über die Rationalisierung hervorhob, haben die technischen Fortschritte in einigen Berufen des Lithographie- und Steindruckgewerbes bereits zu strukturellen Änderungen geführt. Die Lage ist kritisch, denn es sind im Gewerbe augenblicklich mehr Arbeitslose vorhanden als freie Arbeitsplätze. Der Verbandstag forderte daher neben einer Beschränkung der Lehrlingszahl eine durchgreifende Arbeitszeitverkürzung.

Die Disziplin und die Solidarität, die dem Verbandstag sein Gesicht gaben, traten nicht zuletzt auch bei den Verbandswahlen in Erscheinung. Sämtliche bisherigen Verbandseingetragenen wurden einmütig wiedergewählt. Ein schöner Beweis für das Vertrauen, das die Mitgliedschaft in die Verbandseingetragenen setzt, und eine starke Verpflichtung für die Führer, mit äußerster Kraftanstrengung zum Wohl der Organisation weiter tätig zu sein.

Behördenangestellte und Rotverordnung.

Eine Abänderung unbedingt erforderlich.

Die im AFA-Bund zusammengeschlossenen Angestelltenverbände (ZdA, Bulob, DMB.) haben in einer Eingabe an den Reichslangier nochmals eindringlich darauf hingewiesen, daß eine Abänderung der Rotverordnung vom 5. Juni 1931 unbedingt erforderlich ist. Die Eingabe ist mit vielen Zahlenbeispielen belegt, wie sich die Gehaltskürzungen auf die Behördenangestellten auswirken. Unter Berücksichtigung der Sozialversicherungsbeiträge (von denen die Beamten befreit sind) und der Kürzung der Kriegsernten erleiden die Behördenangestellten Einbußen am Gehalt, die sich zwischen 20 und 30 Proz. bewegen.

Den Behördenangestellten ist durch die Gehaltskürzung mit den Beamten bei der Gehaltsföhrung ein schweres Unrecht geschehen. Dieses Unrecht könnte dadurch wieder gutgemacht werden, daß man auf die Behördenangestellten nicht die Bestimmungen über Gehaltskürzungen, sondern die Krisensteuerverordnungen der Rotverordnung anwendet. Die AFA-Verbände erwarten deshalb von der Reichsregierung, daß sie die Behördenangestellten Gerechtigkeit widerfahren läßt und die Rotverordnung entsprechend abändert.

Kommunistische Streiks.

Duisburg, 25. August. (Eigenbericht.)

Die von kommunistischer Seite im Ruhrgebiet unter den Gemeinde- und Staatsarbeitern betriebene Streikpropaganda hat in Alt-Duisburg zu einem Teilstreik geführt. Von den 450 Mann der Belegschaft des Fuhrparks traten 90 am Dienstagmorgen in den Streik, und zwar zum Teil unter dem Terror der kommunistischen Agitatoren. In den anderen Stadtteilen Duisburgs ist die kommunistische Propaganda erfolglos geblieben. Versuche der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, auch die Düsseldorf Gemeindearbeiter zum Streik zu bewegen, waren erfolglos.

In Essen gelang es den Kommunisten am Dienstag, einen Teil der Belegschaft des Gas- und Wasserwerks zum Streik zu veranlassen. Von 500 Arbeitern legten 300 die Arbeit nieder.

Drohender Beamtenstreik in Warschau.

Warschau, 25. August. (Eigenbericht.)

Der Magistrat der Stadt Warschau hat einen 15prozentigen Abbau der Gehälter seiner Beamten und Angestellten beschlossen. Jetzt drohen die Beamten und Angestellten, am 31. August geschlossen in den Streik zu treten, falls der Abbau nicht bis zum 27. August rückgängig gemacht wird. Vorläufig zeigt sich der Magistrat völlig unnachgiebig.

Drei- bis Viertagearbeitswoche in Polen?

Ein Rotprogramm gegen die Arbeitslosigkeit?

Warschau, 25. August.

Ministerpräsident Prystor hatte am Dienstag Besprechungen mit den Führern der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände über die Mittel und Wege, die zur Entspannung auf dem Arbeitsmarkt beitragen und vor allen Dingen eine Steigerung der Erwerbslosigkeit verhindern sollen. Das Kriterium dieser Besprechungen wird in der Entscheidung liegen, ob es unbeschadet der Wirtschaftskrise gelingt, den Arbeitsprozeß gleichsam zu strecken, also die Zahl der beschäftigten Arbeiter zu erhöhen. Das soll erreicht werden durch einen planmäßigen Übergang von der Sechstagesarbeitswoche zu dem System der Drei- bis Viertagearbeitswoche. In den Betrieben mit dreimaligem Schichtwechsel von je acht Stunden wäre ein viermaliger Schichtwechsel von je sechs Stunden durchzuführen, was nach Ansicht der Regierungskreise die Produktionskosten keineswegs ungünstiger beeinflusst. Beachtenswert ist ferner eine Art Rotprogramm für die Erwerbslosen, um sie den Winter über vor Hunger zu schützen, was durch Bereitstellung von Naturalien aus Mitteln der staatlichen Erwerbslosenfonds zu erreichen wäre. Schließlich ist eine Ablösung der ledigen Arbeiter durch solche ins Auge gefaßt, die Familien zu versorgen haben.

Lohnabkommen Hagen-Schwelm verlängert.

Dortmund, 25. August.

In dem Lohnstreik der Metallindustrie Hagen-Schwelm wurde heute unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen folgender Schiedsspruch gefaßt: Das zuletzt gültige Lohnabkommen bleibt über den 31. August 1931 bis zum 30. September 1931 in Geltung. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft bis 3. September mittags 12 Uhr.

In der Metallindustrie von Roubaix ist auf der Basis des Lohnsenkungsvorschlags Laval's, der seinerzeit dem Textilstreik ein Ende machte, eine Vereinbarung getroffen worden. Danach wird den Arbeitern der 4 Proz. vom Lohn betragende Beitrag zur Sozialversicherung nicht mehr ausgezahlt. Sie erhalten dafür eine Lohnerhöhung von 1 Proz.

200. Vertikalkonferenz der U-Bahn: Am Freitag, 20. August, 10 Uhr und 20 Uhr, Versammlungen im Hochzeitssaal der Kammerstraße, Tel. Tower Str. 1-4.

Definitive Kundgebung der Schweißergewerkschaft am Mittwoch, 26. August, 20 Uhr, im Plenarsaal des Reichsgewerkschaftsrats, Berlinerstr. 7. Thema: „Fort mit den gewerkschaftlichen Schweißergewerkschaften. Es sprechen Karola Wehl, Fritz Hartmann, Fritz Kumpfer, Günter Irel. Einen Massenbesuch erwartet die Schweißergewerkschaft der Reichsleitung Gesundheitswesen im Gesamtverband, Filiale Berlin.“

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute um 19 1/2 Uhr sagen die Gruppen: Baumwollweber: Jugendheim Baumwollweber, Gröblichstr. 19. Spielabend in der Rotenstraße. — Schweißergewerkschaft: Jugendheim Rotenstraße, Berlin. Die Frau im bürgerlichen Reich. — Gummi: Jugendheim Braun. 68. Sorkingstraße. „Frühliche Gewerkschaften.“ — Holz: Jugendheim Engelstr. 20. „Interessantes aus dem Weltentum.“ — Tegel: Jugendheim Tegel. Schöneberger Str. 4 (erst am 30. Uhr). Die Isten aus „Jules Verne's „Jules Verne's „Jules Verne's...“ — Köpenick: Jugendheim Köpenick, 11 (Fahrlachstraße). Ein Exkurs durch die Welt. — Anger: Jugendheim Anger, 66 (Hohenschloß). Die französische Revolution. — Reich: Jugendheim Reich, 11. Bergrasse 2 (107). Die Kurden erhalten den Abend aus. — Schöneberg: Jugendheim Schöneberg, 12. Rabarstr. auf Schloßplätzen. — Spandau: Jugendheim Eintracht, 1. „Das Jugendprogramm des AFA-B.“ — Schöneberg: Schöneberg, Hauptstr. 13 (Hauptstr.). „Jugendliche.“ — Jugendgruppe des Gesamtverbandes: Jugendheim Engelstr. 20. Aufgang 3, part. „Gehirner-Abend.“ (Ausgänger von unserer Straße). — Jugendgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: Jugendheim in der Rautenstraße.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute sind folgende Veranstaltungen: Gesamtverband: Jugendheim Schöneberg, 1. Sonntag: „Alt-Berliner Sommer“, Referat: Schäfer. — Schöneberg: Jugendheim Schöneberg, 11. Sonntag: „Kommunistische Jugendzeit — neue Menschen“, Referat: Rothmann. — Köpenick: Jugendheim Jungfer Str. 62 (Königsstr.). Sonntag: „Vorträge über Amerika“, Referat: Weigel. — Reinickendorf: Jugendheim Eintracht, 1. Sonntag: „Die Welt der Arbeit in Paris und Berlin.“ — Oberste: „Niederländische Arbeiter“, Berliner Str. 31 (Schule). Einmalige Halbesandstr. 10. Bericht vom Jugendtag in Lübeck. — Köpenick: Der Gesamtverband ist: aus. — Reich: Jugendheim Reich, 11. 1-4. Die Ranner Straße. Die Kurden sind wieder da. — Köpenick: Jugendheim Köpenick, 12. Festabend im Freien. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 13 (Hauptstr.). „Sommernacht“. Kurzreferat. — Charlottenburg: Jugendheim Engelstr. 20. Heimabend. — Spandau: Jugendheim Eintracht, 1. „Jugendpolitische Rundschau.“ Zeitung: Perlow. — Potsdam-Bromberg: Jugendheim in Rosow, Prichstraße. „Sommernacht.“ — Sportabteilung: „Lebungsabend“ ab 20 Uhr in der öffentlichen Turnhalle, Prinzenstr. — Spiele im Freien ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Friedrichshagen. — Arbeit auch für die Volkshilfsabteilung für die arbeitende Jugend im Jugendsekretariat.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Ringelstein; Gewerkschaftsfragen: G. Steiner; Freizeitsport: Dr. John Schilowski; Politik und Sonstiges: Erik Kersch; Auswärtige: Th. Giese; Familie in Berlin. Berlin: Bornstraße-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Kowalski-Druckerei und Verlagsanstalt „Dau“ G. m. b. H., Berlin. 20. Lindenstraße 2, Platz 2. Verlag.

Gegen Lohnabbau durch Rotverordnung

Protest der Kommunalbeamten-gewerkschaften.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personal- und Warenverkehrs, der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Deutsche Werkmeisterverband und der Zentralverband der Angestellten erließen gegen die Sperrvorschriften der letzten Rotverordnung folgenden Protest:

Der vierte Teil der zweiten Gehaltsföhrungsverordnung enthält die Vorschrift, daß nur diejenigen städtischen und ländlichen Bezirksfürsorgeverbände an den Ueberweisungen zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligt werden, in denen die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht offensichtlich günstiger geregelt sind, als die Bezüge der gleich zu bewertenden Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches. Demgemäß wurde auch durch den preussischen Ausführungserlaß festgestellt, daß eine Erleichterung der Wohlfahrtslasten in den Gemeinden nicht erfolgt, in denen ein Besondereverfahren durch die Aufsichtsbehörde schwebt, oder die Befolgsordnung den Befehlbehörden bzw. dem Landesschiedsgericht vorliegt.

In Verfolg dieser Rotverordnungsbestimmungen ist bereits der Stadtgemeinde Berlin die Sperrung der Ueberweisungen zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten angedroht worden, so daß der Oberbürgermeister gezwungen war, die Zahlung der städtischen Gehälter nach der geltenden Befolgsordnung mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 ab auszusetzen und sich dem Beschluß des Oberpräsidenten zu unterwerfen, obwohl das Landesschiedsgericht noch keine Entscheidung über die Gültigkeit dieses Beschlusses getroffen hat.

Alle kommunalen Anstellungsbehörden, deren Befolgsordnungen zur Zeit der Nachprüfung unterliegen, werden ebenso gezwungen, die Bezüge ihrer Beamten herabzudrücken, auch wenn sie das Verlangen der Aufsichtsbehörde, wie in Berlin, nach pflichtgemäßem Ermessen für rechtlich nicht begründet halten.

Rechtsverfahren werden durch Zwangsmassnahmen der Rotverordnung einfach und wirksam gemacht. Diese Anforderungen widersprechen allen Rechtsauffassungen.

Keine Maßnahme hat so sehr das Vertrauen der Kommunalbeamten-gewerkschaft auf die Wahrung des Rechtes erschüttert wie diese. Die freigewerkschaftlichen Kommunalbeamtenorganisationen wenden sich daher nachdrücklich gegen dieses Verfahren und fordern die sofortige Abänderung dieser Bestimmungen der Rotverordnung.

Die Lithographen parieren die Krise.

Durch Solidarität und Disziplin.

Der Verbandstag der Lithographen und Steindrucker, der dieser Tage in Erfurt stattfand — über das einmütige Vertrauensvotum für den Verbandsvorstand, das im Anschluß an den Geschäftsbericht der Verbandsvorsitzende Hah angenommen wurde, haben wir bereits berichtet —, nahm einen guten Verlauf. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß für Arbeitererschließung, wie sie in der KPD. das große Wort führen,